

VII. B.

660
(3)

Jahresbericht
der
Gewerbe-Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für das Jahr 1926



Braunschweig 1927

VII B

660

(3)

UB Braunschweig

84



10264-255-7

Jahresbericht
der
Gewerbe-Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für das Jahr 1926



B. IV. 72. 328.



Braunschweig 1927
Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei

Einleitung.

Im Personalbestande des Gewerbeaufsichtsamtes ist im Jahre 1926 insofern eine Änderung eingetreten, als am 1. Oktober ein Gewerbeaufseher aus dem Dienste ausgeschieden und dafür ein anderer eingestellt ist.

Infolge Neuauftellung des Katasters der gewerblichen Betriebe konnten die Spalten 3 b, 10 b, 17 b und 18 b nur in der Tafel II A ausgefüllt werden. Die Angaben in den Tafeln über die Zahlen der vorhandenen Betriebe lassen sich nicht ohne weiteres mit denen des vorhergehenden Jahres vergleichen, da im Jahre 1926 für die von den Ortspolizeibehörden auszufüllenden Katasterblätter ein neuer Vordruck eingeführt und auf die Ortspolizeibehörden ein scharferer Druck zur ordnungsmäßigen Ausfüllung ausgeübt ist. Ferner sind die Betriebe vielfach in andere Gruppen der Gewerbestatistik als im vorigen Jahre eingereiht. Von den unter Gruppe XVIII 2 in den Tafeln aufgeführten Baubetrieben sind fast nur diejenigen revidiert worden, die dauernd Arbeiter auf ihren Bauhöfen beschäftigten, da die oft ohne Kenntnis der Gewerbeaufsichtsbeamten ihren Platz wechselnden Bauten auf Grund von § 154 der G.D. nicht als unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsichtsbeamten fallend angesehen werden.

Außer den in Tafel I angeführten Revisionen sind noch eine Anzahl von Betrieben ohne fremde Hilfskräfte, insbesondere Bäckereien, Schlachtereien und Handelsbetriebe, sowie eine Anzahl stillgelegter Betriebe besucht worden.

Die Gesamtzahl aller Revisionen hat sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre gehalten.

Auf Grund der vom Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung herausgegebenen Richtlinien über die Gemeinschaftsarbeit bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften sind mit den technischen Aufsichtsbeamten einer Anzahl von Berufsgenossenschaften eine Reihe von Betrieben gemeinschaftlich besichtigt worden. Meinungsverschiedenheiten haben sich dabei nicht ergeben.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen.

(Arbeiter und Angestellte.)

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Nach den dem Berichte beigelegten Tafeln hat sowohl die Gesamtzahl der Betriebe wie auch die Zahl der Arbeiter gegenüber dem Jahre 1925 zugenommen. Das ist nur so zu erklären, daß infolge der bereits erwähnten Einführung neuer Katasterblätter eine größere Anzahl von Betrieben, namentlich von Handelsbetrieben und von kleinen Handwerksbetrieben erstmalig in den Tabellen erscheinen. Erwähnenswert ist, daß

die Zahl der Betriebe mit mehr als 50 Arbeitnehmern und die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen abgenommen hat. Vor allem ist das der Fall gewesen in der Ziegel-, der Glas-, der Metallwaren- und der Maschinenindustrie. Dagegen hat die Zahl der großen Baugeschäfte erheblich zugenommen. Diese Feststellungen stimmen mit der Wirtschaftslage, die im verflossenen Jahre geherrscht hat, überein. Die Ziegeleien haben teilweise ihren Betrieb im verflossenen Jahre erst sehr spät und nur in beschränktem Umfange aufgenommen, da sie zunächst den Anforderungen des Baugewerbes noch aus ihren Vorräten genügen konnten. In den Glashütten ist zeitweise infolge unzureichender Aufträge verkürzt oder mit verminderter Belegschaft gearbeitet. In der Metallindustrie litten viele Betriebe während des größten Teiles des Jahres ebenfalls an Auftragsmangel. Auch die Holzindustrie war nur teilweise das ganze Jahr ausreichend beschäftigt. Dagegen hatten die Baugeschäfte namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres infolge der seitens des Staates, der Kreisgemeindevverbände, der Städte und der Gemeinden getroffenen Maßnahmen wesentlich mehr zu tun als in den vorhergehenden Jahren. Im Jahresdurchschnitt blieb somit die Arbeitsmarktlage noch immer sehr unbefriedigend, wenn auch die gegenüber dem Vorjahre wesentlich verminderte Zahl der Konkurse, der Geschäftsaufsichten und der damit zusammenhängenden Betriebsstillegungen auf eine geringe Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage schließen läßt.

Bei der großen Arbeitslosigkeit, die infolge der ungünstigen Wirtschaftslage herrschte, haben sich die in den früheren Berichten über die Betriebsräte und ihr Wirken geschilderten Verhältnisse im letzten Jahre nicht geändert. Noch immer fürchten die Arbeiter, daß ihnen bei einer Betätigung im Betriebsrate Nachteile erwachsen könnten. Die Berechtigung dieser Befürchtungen beweist u. a. das Verhalten des Inhabers einer Teigwarenfabrik, welcher den Vorsitzenden des Betriebsrates seines Betriebes, der für seine Mitarbeiter energisch eingetreten war, ohne weiteres entlassen hat. Der Leiter eines anderen Betriebes, von welchem dem Gewerbeaufsichtsamte bekanntgeworden war, daß in den nächsten Tagen die Arbeitszeit entgegen den geltenden Bestimmungen vorübergehend auf 10 Stunden verlängert werden sollte, behauptete bei der ihm zugegangenen telephonischen Warnung, die Mitteilung könne nur durch den Betriebsratsvorsitzenden an das Amt gelangt sein. Da er nachdrücklich, allerdings ohne Erfolg, zu wissen verlangte, wer dem Amte die Mitteilung gemacht hatte, ist anzunehmen, daß auch er dem Betriebsratsvorsitzenden Unannehmlichkeiten bereiten wollte.

Aber auch bei den Arbeitnehmern selbst scheint das Interesse an den Betriebsratswahlen immer mehr nachzulassen. Vor allem in den Gast- und Schankwirtschaften und in den Handelsbetrieben sind Arbeitnehmervertretungen fast gar nicht mehr vorhanden gewesen. Der Inhaber eines größeren Handelsgeschäftes hatte die Wahl eines Betriebsrates angeordnet. Trotzdem ist die Wahl von den Arbeitnehmern nicht vorgenommen.

In einer Ziegelei ist der Betriebsratsvorsitzende mit Erfolg für den Schutz seiner Mitarbeiter eingetreten. Er machte den Meister auf das

Schadhaftwerden eines Aufzugsseiles aufmerksam und forderte dessen Erneuerung. Als er vom Meister scharf abgewiesen wurde, setzte er bei dem Betriebsleiter durch, daß der Aufzug noch am gleichen Tage stillgestellt und das Seil ausgewechselt wurde. In einem anderen Falle teilte der Betriebsrat eines Steinbruches, der einige Zeit stillgelegen hatte und dann wieder in Betrieb genommen war, einem Landjäger mit, daß der neue Pächter und sein Schießmeister schwere Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Sprengstoffen begangen hätten. Die einzelnen Zuwiderhandlungen waren von einem Betriebsratsmitgliede, der bei dem früheren Pächter als Schießmeister beschäftigt gewesen war, genau aufgeschrieben worden.

Eine Anzahl von Betrieben, in denen ein Betriebsrat nicht mehr bestand, ist von den Gewerbeaufsichtsbeamten auf die nach § 23 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes bestehende Verpflichtung des Arbeitgebers zur Ernennung eines Wahlvorstandes hingewiesen. Auf Veranlassung eines Betriebsinhabers teilte daraufhin ein Arbeitgeberverband mit, daß nach seiner Ansicht die Bildung von Betriebsräten jeder behördlichen Beeinflussung entzogen sei, und daß das Amt nicht das Recht habe, die Betriebsinhaber auf die Vorschriften des § 23 des Betriebsrätegesetzes hinzuweisen, zumal nach § 99 Abs. 5 a. a. O. auch Verstöße gegen diese Vorschriften von einer Behörde nicht verfolgt werden könnten. Nach dem daraufhin herbeigeführten Entscheide des Herrn Reichsarbeitsministers ist jedoch nichts dagegen einzuwenden, daß Arbeitgeber, die ihrer Pflicht zur Bestellung eines Wahlvorstandes nicht nachkommen, auf die entsprechenden Vorschriften hingewiesen werden. Die Strafverfolgung eines Arbeitgebers wegen der Unterlassung der Bestellung eines Wahlvorstandes kann nach den jetzigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes seitens einer Behörde allerdings nicht herbeigeführt werden.

Wesentliche Änderungen hinsichtlich des Geltungsbereiches der Tarifverträge sind im verflossenen Jahre nicht eingetreten. Noch oft können Feststellungen über das Vorhandensein und den Inhalt eines Tarifvertrages nur bei den Betriebsbesichtigungen gemacht werden, weil dem Amte keine Abschriften der Verträge übersandt werden. Oft bestehen auch noch Zweifel darüber, ob ein Tarifvertrag für einen Betrieb Geltung hat. In einem großen Betriebe mußte der Betriebsratsvorsitzende nicht, daß der bisher gültige Tarifvertrag bereits seit einem Vierteljahre außer Kraft gesetzt und die Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages bisher ergebnislos geblieben waren, obwohl der Vertreter des Arbeitnehmerverbandes, welcher die Tarifverhandlungen geführt hatte, am gleichen Orte wohnte. In einem andern Falle war der Betriebsratsvorsitzende in dem Glauben, daß die Arbeitsverhältnisse für den Betrieb in einem Tarifvertrage festgelegt seien. Demgegenüber gab der Betriebsleiter an, daß er sich lediglich nach einem Tarifvertrage richte, der von einem gleichartigen Betriebe in demselben Orte abgeschlossen war. Bei einem Strafverfahren, welches gegen einen Malermeister wegen unzulässiger Mehrarbeit eingeleitet war, hatte der Innungsoberrmeister auf einen entsprechenden Vertrag hingewiesen. Der Vertrag war aber nicht schriftlich abgeschlossen. Der Obermeister hatte auch nicht angegeben, mit

welcher wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern der Vertrag getätigt war.

Von den Arbeitnehmerverbänden konnte für die Gastwirtschaftsbetriebe in den Kurorten des Harzes immer noch nicht der Abschluß von Tarifverträgen erreicht werden. Ebenso ist der bereits im vorjährigen Berichte erwähnte Tarifstreit der Angestelltenverbände gegen die Mitglieder des Vereines der Metallindustriellen in der Stadt Braunschweig noch nicht beendet. Zwar ist der von der Schlichtungsstelle des Reichsarbeitsministeriums gefällte Schiedsspruch inzwischen für verbindlich erklärt. Die Unternehmer haben aber die Verbindlichkeitserklärung bei den ordentlichen Gerichten angefochten. Das Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten war im verflossenen Jahre infolge der ungünstigen Wirtschaftslage nur gering. In den meisten Fällen entstanden sie aus dem Bestreben der Arbeitgeber, die Lohnhöhe zu vermindern. Im Januar versuchten die Arbeitgeber der Holzverarbeitenden Betriebe erfolglos, die Stundenlöhne um etwa 15 Rpf. herabzusetzen. Im Juli versuchten die Pianofortefabriken die Löhne um 15 % zu kürzen. Infolge von Verhandlungen und nach einem Abwehrstreik der Arbeiter einer Fabrik ist dann eine Herabsetzung der Löhne um 6 bzw. 7 % vereinbart worden. Nach diesem Erfolge der Pianofortefabriken versuchten auch die Inhaber der anderen Holzbearbeitungsbetriebe abermals, die Stundenlöhne herabzusetzen. Da die Arbeiter sich mit der Verminderung der Löhne nicht einverstanden erklärten, wurden sie in 16 meist kleineren Betrieben der Stadt Braunschweig und in 5 Betrieben in der Stadt Wolfenbüttel am 1. Oktober ausgesperrt. Da jedoch die Arbeitgeber kein Nachgeben der Arbeiter erreichten und sich trotz der großen Arbeitslosigkeit Arbeitswillige in genügender Zahl nicht fanden, wurde die Aussperrung nach dreiwöchiger Dauer aufgehoben, und die Arbeiter wurden zu den alten Bedingungen restlos wieder eingestellt.

In der Stadt Braunschweig legten etwa 150 Bauarbeiter die Arbeit nieder, weil sie mit der erfolgten Kürzung des Stundenlohnes nicht einverstanden waren. Da diese jedoch infolge eines Schiedsspruches erfolgt war und die Zentralleitung des Bauarbeiterverbandes den Streik nicht billigte, nahmen sie nach 3 Tagen die Arbeit wieder auf.

Eine Glashütte kündigte ihren Tarifvertrag, da ihre Belegschaft sich mit den beabsichtigten Maßnahmen zur Rationalisierung des Betriebes und zur Verminderung der Sonntagszuschläge und der Affordsätze nicht einverstanden erklärte. Damit der tatsächliche Verdienst der Arbeiter trotzdem nicht vermindert würde, sollte die Handarbeit möglichst durch Maschinenarbeit ersetzt werden. Bei den darauf mit dem Glasarbeiterverband eingeleiteten Verhandlungen hat sich dessen Vertreter mit den Forderungen der Werkleitung einverstanden erklärt.

Eine Erhöhung des Lohnes erreichten die Arbeiter einer Treibriemenfabrik. Der Schlichtungsausschuß, der zur Vermittlung angerufen war, fällte einen Schiedsspruch, nach dem der Stundenlohn um 1 Rpf. erhöht werden sollte. Diesen Spruch lehnten die Arbeiter ab und legten die Arbeit nieder. Die von der Betriebsleitung dann mit den Streikenden

aufgenommenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Stundenlöhne für die männlichen Arbeiter um 3 Rpf. und für die weiblichen Arbeiter um 2 Rpf. erhöht, und daß die Arbeit nach einer Unterbrechung von 7 Tagen wieder aufgenommen wurde.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Jahre 1925 noch wesentlich gestiegen und war während des ganzen Jahres 1926 nur unwesentlichen Schwankungen unterworfen, wie aus der folgenden Übersicht aus dem Bezirke des Kreisarbeitsnachweises Braunschweig ersichtlich ist.

Es waren vorhanden:

		Gewerbl. Arbeitsuchende		Arbeitsuchende kaufmännische, technische und Büroangestellte	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich
Januar	1926	6798	1818	296	228
Februar	"	6624	1829	380	292
März	"	6616	1771	385	279
April	"	6595	1861	473	330
Mai	"	6619	1990	511	410
Juni	"	6746	1704	503	360
Juli	"	7336	1876	471	364
August	"	6364	1542	510	357
September	"	6117	1348	478	348
Oktober	"	6489	1511	497	333
November	"	6318	2174	501	328
Dezember	"	7035	2002	477	322

Vor allem hat die Zahl der arbeitslosen Angestellten wesentlich zugenommen. Da die Spargelernte sehr schlecht war und die Erbsenernte sich auf sehr kurze Zeit zusammendrängte, hat auch die Kampagne der Konservenfabriken, während welcher sich sonst die Zahl der arbeitslosen Arbeiterinnen wesentlich zu vermindern pflegt, in diesem Jahre keinen großen Einfluß auf die Arbeitsmarktlage ausgeübt.

Die Arbeitslosigkeit ist auch in anderen Teilen des Landes, in denen größere Werke stillgelegt sind, beträchtlich gemessen.

Eine Glashütte, die infolge Auftragsmangels zur Verminderung ihrer Belegschaft gezwungen war, beschäftigte in der Hoffnung auf eine Besserung des Auftragsbestandes abwechselnd nacheinander ihre bisherigen Arbeitnehmer, um ihren alten Arbeiterstamm nicht zu verlieren, und erreichte gleichzeitig dadurch, daß diesen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht allzu fühlbar wurden.

Gegen die Vorschriften über die Lohnzahlung verstießen die beiden Inhaber einer kleinen Möbelfabrik, die mit einem Handelsgeheimnis verbunden ist. Um die auf ihnen lastenden finanziellen Schwierigkeiten zu vermindern, hatten sie ihren verheirateten Arbeitern nur zwei Drittel,

den Ledigen nur die Hälfte des Lohnes bar ausgezahlt, für den Rest aber Waren geliefert. Beide sind wegen Verstoßes gegen § 115 der G.D. zur Anzeige gebracht und bestraft worden.

B. Arbeiter.

In den meisten größeren Betrieben besteht auf Grund tarifvertraglicher Vereinbarung die Möglichkeit, die tägliche Arbeitszeit auf 9 oder 10 Stunden auszudehnen. Trotz der ungünstigen Arbeitsmarktlage ist von dieser Möglichkeit in erheblichem Umfange Gebrauch gemacht. Über das nach dem Tarifvertrage zulässige Maß hinaus ist nur in wenigen größeren Betrieben gearbeitet. Eine Fabrik, in der Strohpressen hergestellt werden, hatte vor der Getreideernte lange Zeit verkürzt und fast nur auf Vorrat gearbeitet. Ihre großen Lagerräume waren gefüllt. Bei Beginn der Ernte steigerte sich die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen so stark, daß trotz sofortiger Verlängerung der Arbeitszeit und wesentlicher Vermehrung der Arbeiter die vorrätigen Maschinen bald verkauft waren. Da wider Erwarten die Aufträge zur sofortigen Lieferung der Strohpressen noch zunahmen, wurde die Belegschaft weiter von 270 auf 400 Personen vermehrt. Trotzdem sah sich die Betriebsleitung gezwungen, die Arbeitszeit der erwachsenen vollkräftigen Arbeiter bis auf 13½ Stunden, diejenige der älteren und der 16- bis 18jährigen Arbeiter auf 11½ Stunden zu verlängern. Der Betriebsrat hatte zu dieser unzulässigen Arbeitszeitverlängerung seine Zustimmung gegeben in Anerkennung der Zwangslage der Firma, und um den Arbeitern die Gelegenheit zur Ausgleichung des vor der Ernte infolge der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit erlittenen Lohnausfalles zu geben. Da wegen des Fehlens ausreichenden Aufsichtspersonales und eingearbeiteter Facharbeiter eine zweite Schicht nicht eingerichtet werden konnte, und nach einer weiteren Vermehrung der Arbeiterzahl auf 445 Personen auch kein irgendwie verfügbarer Platz vorhanden war, ist die unzulässig lange Arbeitszeit nahezu 2 Monate hindurch beibehalten worden. Sobald die Aufträge nachließen, wurde die Arbeitszeit zunächst wieder auf 8 Stunden täglich verkürzt, die hohe Belegschaftszahl aber nicht verkleinert. Erst nach einigen Wochen ist sie allmählich wieder um 100 Personen verringert. Um für die Zukunft eine gleiche Zwangslage nach Möglichkeit zu vermeiden, ist noch am Ende des Jahres mit der Errichtung eines Erweiterungsbaues begonnen worden. Eine Bestrafung des Inhabers ist nicht beantragt worden, weil eine solche voraussichtlich keine Änderung der Verhältnisse herbeigeführt haben würde. Die geschilderte, auch vom Betriebsrate anerkannte Zwangslage ließ nur die Wahl, entweder die Arbeitszeitverordnung zu mißachten oder der Landwirtschaft die stark begehrten wichtigen Erzeugnisse des Betriebes vorzuenthalten.

Die Bestrafung des Betriebsleiters einer chemischen Fabrik, über den schon mehrfach Klagen wegen zu langer Beschäftigung der Arbeiter laut geworden waren, wurde von der Ortspolizeibehörde beantragt. Bei den daraufhin angestellten Ermittlungen wurde festgestellt, daß die im Lohnbuche eingetragenen Akkordstunden mit den geleisteten Arbeitsstunden nicht übereinstimmten, daß aber auch die Kontrollkarten durch einen

Meister z. T. falsch gestempelt waren und keinen Anhalt über die tatsächlich im Betriebe verbrachten Arbeitszeiten gaben. Da sich somit der Umfang der Überschreitung der Arbeitszeit nicht genau feststellen ließ, zumal auch die Arbeiter nur sehr unbestimmte Angaben machten, ist der Betriebsleiter lediglich bestraft worden, weil er es unterlassen hatte, die Führung des vorgeschriebenen Mehrarbeitsverzeichnisses zu überwachen. Gegen den Meister ist wegen des falschen Stempelns der Arbeiterkontrollkarten ein Strafverfahren nicht eingeleitet, weil nach Ansicht des Staatsanwaltes keine strafbare Handlung vorlag.

Auch in einer großen Ziegelei ist die nach dem Tarifvertrage zulässige Arbeitszeit überschritten worden. Namentlich in der Tongrube und bei den Transportarbeiten ist zeitweise wesentlich länger als 10 Stunden, einige Male bis zu 16 Stunden gearbeitet worden. Nach einigen Wochen wurde zwar eine zweite Schicht eingelegt, ein Teil der Arbeiter aber immer noch zu überarbeiten herangezogen. Als der Betriebsratsvorsitzende sich schließlich weigerte, noch länger Überstunden zu leisten, wurde er entlassen. Er klagte dann auf Wiedereinstellung. Durch das angerufene Gewerbegericht wurde der Fall erst dem Gewerbeaufsichtsamte bekannt und der Betriebsleiter verwarnt. Vom Gewerbegerichte ist er zur Zahlung einer nicht unbeträchtlichen Entschädigung an den Betriebsratsvorsitzenden verurteilt worden.

Der Inhaber einer Badwarenfabrik hatte seine Arbeiter und Arbeiterinnen vor Weihnachten an mehreren Tagen bis zu 12 Stunden, an einem Tage sogar bis zu 12¼ Stunden beschäftigt. Er ist deswegen zur Anzeige gebracht. Ebenfalls wegen unzulässig langer Beschäftigung von Arbeiterinnen sind der Inhaber einer großen Papierwarenfabrik und der Leiter einer Fabrik für elektrische Installationsartikel zu 130 *RM* bzw. zu 50 *RM* verurteilt.

- Auch in einigen Blechwarenfabriken sind einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen über das zulässige Maß hinaus beschäftigt worden. Der Inhaber einer Blechdosenfabrik zeigte eine besonders starke Mißachtung der Arbeitszeitvorschriften. Obwohl er bereits im vorhergehenden Jahre wegen unzulässig langer Beschäftigung von Arbeiterinnen zu einer Geldstrafe von 150 *RM* verurteilt war, ließ er seine Arbeiterinnen im Juni doch wieder von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends bei nur je zwei halbstündigen Pausen arbeiten. Er wurde deswegen zur Anzeige gebracht. Kurze Zeit später wurde festgestellt, daß er trotzdem seine Arbeiterinnen weiterhin 11 Stunden beschäftigte. Bevor noch über den ersten Strafantrag entschieden war, ließ er im August seine Arbeiterinnen sogar 13½ Stunden arbeiten. Deswegen ist erneut Strafanzeige erfolgt. Gegen die daraufhin ergangenen Strafverfügungen über Beträge von beträchtlicher Höhe hat der Fabrikant Einspruch eingelegt, über den am Ende des Jahres noch nicht entschieden war.

Die Fabriken, in denen Konservendosen hergestellt werden, haben schon lange den Wunsch, hinsichtlich der Arbeitszeit im Sommer ähnliche Vergünstigungen zu erhalten, wie sie den Konservenfabriken in Rücksicht auf ihre Abhängigkeit von den wechselnden Ernteverhältnissen gewährt werden müssen. Sie suchten den Wunsch in diesem Jahre dadurch zu ver-

wirklichen, daß sie beantragten, während der Erbsenkampagne ihre Arbeiter an 10 Tagen bis zu 12 Stunden beschäftigen zu dürfen. Es muß anerkannt werden, daß während der letzten Erbsenernte für die Dosenfabriken dadurch außergewöhnliche Verhältnisse vorlagen, daß die Erbsen infolge plötzlich eintretender warmer Witterung innerhalb sehr kurzer Zeit reifen und verarbeitet werden mußten, und daß außerdem die Lieferung der Bleche Störungen erlitten hatte. Da ferner weder die Konservenfabriken noch die Dosenfabriken aus finanziellen Gründen einen großen Vorrat an Dosen aufzustapeln pflegen, wie es vor dem Kriege üblich war, so trat ein fühlbarer Dosenmangel ein. Trotzdem ist dem Antrage vom Herrn Arbeitsminister auf Veranlassung des Amtes nicht stattgegeben worden, weil die Verhältnisse in der Dosenindustrie doch wesentlich anders liegen als in der Konservenindustrie. Sie wird nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar durch die Konservenindustrie von den Schwankungen der Ernteverhältnisse beeinflusst. In den Konservenfabriken arbeitet die Mehrzahl der Arbeiterinnen nur während eines Teiles des Jahres und ist während der übrigen Zeit überhaupt nicht gewerblich tätig. Sodann haben in ihnen die Arbeiterinnen im allgemeinen, wenn auch in anstrengenderer Weise, nur Arbeiten auszuführen, die den von ihnen im Haushalte ausgeübten Arbeiten ähnlich sind. Ferner sind die Arbeitsverhältnisse in den Konservenfabriken, abgesehen von dem reichlichen Umgange mit Wasser, nicht besonders ungünstig; die Luft ist frei von schädlichen Bestandteilen. In den Dosenfabriken werden dagegen die meisten Arbeiterinnen und unter ihnen vor allem diejenigen, welche die anstrengendsten Arbeiten zu verrichten haben, das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Außerdem ist die Luft in den Arbeitsräumen meist mit Lötgasen verunreinigt. Während in den Konservenfabriken auf Zeiten starker Anspannung der Arbeiter ruhigere Zeiten zu folgen pflegen, wird in den Dosenfabriken meist während der ganzen Sommermonate mit überstunden gearbeitet. Auch in diesem Jahre war die Arbeitszeit in den Dosenfabriken schon längere Zeit vor der Erbsenernte auf 58 Stunden in der Woche verlängert, und außerdem war in einigen Fabriken auch schon an einigen Sonntagen mit behördlicher Erlaubnis gearbeitet. Eine weitere Anspannung der Arbeiter, namentlich der Arbeiterinnen, erschien daher aus Rücksicht auf ihre Gesunderhaltung unzulässig, zumal auch noch eine Anzahl geeigneter Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkte verfügbar war.

Den Konservenfabriken war in gleicher Weise, wie in den vorhergehenden Jahren gestattet, die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen an 50 Tagen bis zu 12 Stunden zu beschäftigen. Da die Spargelernte nur gering war und die Erbsenernte sich auf nur wenige Tage zusammendrängte, ist die Zahl der für diese Überarbeit freigegebenen Tage in den meisten Fabriken nicht ausgenutzt worden, dagegen sind während der kurzen, aber sehr lebhaft einsetzenden Erbsenernte die Arbeiterinnen wieder in einzelnen Fabriken zum Teil bis zu 15 Stunden beschäftigt worden. Von einer Bestrafung der verantwortlichen Personen ist abgesehen worden, weil die angelieferten Erbsen nur durch sofortige Verarbeitung vor dem Verderben geschützt werden konnten.

Von den im Lande vorhandenen 24 Rohzuckerfabriken haben nur noch 4 Fabriken den dreischichtigen Betrieb beibehalten. In Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit ist zu bedauern, daß die meisten Fabriken, die früher bereits in drei Schichten gearbeitet haben, infolge tariflicher Vereinbarungen wieder zum zweischichtigen Betriebe zurückgekehrt sind, da anderenfalls während der 6- bis 8wöchigen Zuckersfabrikskampagne etwa 700 bis 800 Arbeitslose hätten beschäftigt werden können. Ungünstig für die einheimischen Arbeitslosen ist auch der Umstand, daß in den Zuckersfabriken immer noch ein sehr hoher Prozentjah auswärtiger Arbeiter, namentlich Eichsfelder, Lipper, Ost- und Westpreußen, beschäftigt werden. In den im Kreise Wolfenbüttel liegenden Fabriken hat die Zahl der Auswärtigen im Durchschnitte bei den männlichen Arbeitern 38 %, bei den Arbeiterinnen 42 % der Belegschaft betragen. Die Direktoren der Zuckersfabriken pflegen auf die auswärtigen Arbeiter zurückzugreifen, weil diese schon lange Jahre regelmäßig während der Kampagne tätig gewesen und infolgedessen gut eingearbeitet sind, weil sie in den Arbeiterkasernen der Fabrik wohnen, daher stets pünktlich zur Arbeit zugegen sind und die ganze Kampagne durchzuhalten pflegen. Diese Vorzüge lassen viele der einheimischen Arbeiter vermissen. Sie sind nicht so pünktlich und gewissenhaft wie die Auswärtigen, bleiben oft, selbst wenn sie fest angenommen sind, bei Beginn der Kampagne aus oder stellen schon nach kurzer Zeit die Arbeit wieder ein. In einer Fabrik haben 12 hiesige Arbeiter bei Kampagnebeginn die Arbeit nicht aufgenommen, weil sie inzwischen andere, dauernde Beschäftigung gefunden hatten, in einer anderen Fabrik haben von 12 hiesigen Rübenabladern im Jahre 1925 11 und im letzten Jahre 7 innerhalb der ersten 14 Tage den Betrieb verlassen, weil sie die Arbeit nicht leisten konnten.

In den Gast- und Schankwirtschaften werden die Arbeitszeitvorschriften noch immer nicht beachtet. Noch immer ist fast in allen derartigen Betrieben das weibliche Küchenpersonal weit über das zulässige Maß hinaus beschäftigt. In einigen Fällen ist deswegen die Bestrafung der Inhaber herbeigeführt.

In den kleinen Handwerksbetrieben, welche in den Dörfern und kleinen Landstädten liegen, ist die Beachtung der Arbeitszeitvorschriften immer noch nicht besser geworden. Einwandfreie Feststellungen über die Dauer der Arbeitszeit lassen sich in diesen Betrieben nur selten machen, da die Gesellen und Lehrlinge fast immer in die Hausgemeinschaft des Meisters aufgenommen und daher mit ihren Aussagen sehr zurückhaltend sind. Einer Anzahl dieser kleinen Betriebe, die von der Arbeit der Landwirte abhängig sind, ist auf ihren Antrag die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 oder 10 Stunden genehmigt.

Größeren Betrieben ist dagegen in Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit nur in wenigen Fällen, in denen besondere Verhältnisse vorlagen, die Erlaubnis zu Mehrarbeit erteilt worden.

Unzulässige Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen ist nur ganz vereinzelt festgestellt worden. Die Genehmigung zur Sonntagsarbeit auf Grund von § 105 f der G.D. ist einigen Betrieben für einzelne Sonn- und Festtage erteilt worden. In einigen Fällen waren in un-

unterbrochen arbeitenden Betrieben, die neue Betriebsverfahren eingeführt hatten, Zweifel über die Zulässigkeit der Fortführung einiger Arbeiten an den Sonntagen zu klären. Einer mit unregelmäßiger Wasserkrast betriebenen kleinen Anlage zur Entzinnung von Weißblech ist auf Grund von § 105 e der G.D. die Aufrechterhaltung des Betriebes für 26 Sonn- und Festtage im Jahre genehmigt worden.

Wegen Verstöße gegen das Nachbachtverbot sind wieder eine größere Anzahl von Bäckermeistern zur Anzeige gebracht und bestraft worden. In einem Parziturorte, in dem die meisten Bäckermeister in den früheren Jahren wiederholt bestraft sind, scheint eine Besserung eingetreten zu sein, nachdem die zur Herabsetzung ihrer Strafen eingereichten Gnadengesuche ohne Erfolg geblieben sind. Allerdings ist auch die Überführung der Bäckermeister immer schwieriger geworden, da diese ihre Fenster völlig abblenden und ihre Betriebe verschlossen halten. Über die Nacharbeit in den Bäckereien ist auf dem Landesverbandstage der Braunschweiger Bäckerinnungen im Mai ausführlich verhandelt worden. Nach einer Rede des Obermeisters der Innung für die Stadt Braunschweig, die unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden mit der Forderung „Nie wieder Nacharbeit, nie wieder Sonntagsarbeit“ schloß, wurden Anträge, welche die Erlaubnis zum Arbeitsbeginn vor 5 Uhr morgens in den Sommermonaten zum Ziele hatten, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei Instandsetzungsarbeiten an Backöfen, sowie in einigen Notfällen ist einigen Bäckermeistern vorübergehend ein vor 5 Uhr morgens liegender Arbeitsbeginn gestattet worden. Gegen den Betrieb der durch eine Uhr selbsttätig eingerückten Knetmaschinen während der Nacht ist nicht eingeschritten.

Zuwiderhandlungen gegen die Sonderbestimmungen für Arbeiterinnen sind nur in geringem Umfange ermittelt worden. Die Inhaberinnen mehrerer größerer Damenschneidereien sind bestraft worden, weil sie ihre Arbeiterinnen über 8 Uhr abends hinaus bis zu 13½ Stunden und an Vorabenden der Sonn- und Festtage nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt hatten. Auch der Leiter einer Metallwarenfabrik ist bestraft worden, weil er mehrere Arbeiterinnen an einem Sonnabend nach 5 Uhr nachmittags bis zu 11¼ Stunden und an anderen Tagen bis zu 13 Stunden beschäftigt hatte.

Verstöße gegen die Vorschriften über die Pausen der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter sind auch im letzten Jahre vielfach festgestellt. Da die Arbeiterinnen in vielen Betrieben mit männlichen Arbeitern zusammen arbeiten, für die eine bestimmte Dauer der Pausen nicht vorgeschrieben ist, alle Arbeitnehmer aber den Wunsch haben, auch bei einer Arbeitszeit von mehr als 8 Stunden an den ersten 5 Tagen der Woche den Betrieb möglichst früh zu verlassen, so ist Anträgen der Betriebsleiter auf Verkürzung der Mittagspause für die Arbeiterinnen in der Regel stattgegeben worden.

Der Inhaber eines Gastwirtschaftsbetriebes, der mehrmals auf die Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften vom 15. Januar 1920 (RGBl. S. 69) hingewiesen war, trotzdem aber seinem weiblichen Personale keinen festen

Barlohn zahlte, sondern ihm nur einen bestimmten Prozentsatz der Tageseinnahmen zugesichert hatte, ist deswegen zur Anzeige gebracht und bestraft worden.

Wie bereits im Jahre 1925 ist auf die Befolgung der Vorschrift im § 137 Abs. 6 der G.D. in erhöhtem Maße geachtet worden. Die Mehrzahl der schwangeren Arbeiterinnen pflegt bereits mindestens 10 bis 14 Tage vor der Niederkunft die Arbeit einzustellen. Jedoch sind auch noch zahlreiche Fälle bekanntgeworden, in denen die Arbeiterinnen erst wenige Tage oder gar unmittelbar vor der Entbindung die Arbeit niedergelegt haben. In einer Bekerrei im Kreise Holzmindeu sind innerhalb der letzten 3 Jahre eine verheiratete und 28 ledige Arbeiterinnen niedergekommen. Von diesen haben 4 am Tage vor der Niederkunft, 4 andere 2 bis 5 Tage vor der Niederkunft die Arbeit eingestellt. In diesen Fällen handelte es sich stets um Arbeiterinnen, die zum ersten Male schwanger waren. Eine Anzahl von Schwangeren ist über den Einfluß der Arbeit auf ihr Befinden befragt worden. Einige von ihnen hatten überhaupt keine Beschwerden, andere litten an Krampfadern und wieder andere klagten über Schmerzen im Rücken oder im Unterleibe, für die sie als Anlaß zu langes Stehen oder häufiges Bücken, zuweilen auch die weiten Wege zwischen ihrer Wohnung und der Arbeitsstelle angaben. Von den befragten schwangeren Textilarbeiterinnen ist außerdem besonders das Reden der Arme beim Aufstecken der Garnrollen an den Spinnmaschinen und das Anknüpfen der Fäden an den Webstühlen als besonders anstrengend bezeichnet worden. Allerdings scheint auch das ständige Sitzen für Schwangere nicht besonders zuträglich zu sein, da die 11 Arbeiterinnen einer Glashütte, die in den letzten 3 Jahren niedergekommen sind, und die ihre verhältnismäßig leichten Arbeiten überwiegend im Sitzen ausgeübt haben, sämtlich bereits 3 Wochen bis 4 Monate vor der Entbindung ihre Arbeit eingestellt haben.

In den meisten Betrieben wird auf die schwangeren Arbeiterinnen insofern Rücksicht genommen, als ihnen auf ihren Wunsch nach Möglichkeit leichtere Arbeit zugewiesen wird. Nicht selten lehnen es aber auch die Arbeiterinnen selbst ab, von ihrer gewohnten Arbeit abgelöst zu werden, um keine Einbuße an Verdienst zu erleiden, den die erforderliche Gewöhnung an eine neue Arbeit zur Folge zu haben pflegt. In den Textilfabriken scheint es vor allem aus diesem Grunde nicht leicht zu sein, den schwangeren Arbeiterinnen in allen Fällen die erwünschten Erleichterungen zu verschaffen. Dazu kommt, daß beim Arbeiten an den Spinnmaschinen, vor allem aber an den Spul- und Haspelmaschinen sowie an den Webstühlen kaum Zeit zum Sitzen bleibt. In einer Wollspinnerei ist trotzdem in der Nähe der von Arbeiterinnen bedienten Maschinen eine Anzahl von Sitzplätzen geschaffen, und an den hohen Spinnmaschinen sind Einrichtungen angebracht, durch die ein übermäßiges Ausreden der Arme beim Aufstecken der Garnrollen vermieden wird.

In 5 Textilbetrieben sind in den Jahren 1920 bis 1924 im jährlichen Durchschnitte 1619 Arbeiterinnen tätig gewesen. Von diesen haben im Durchschnitte jährlich 116, also 7,16 % Entbindungen durchgemacht.

Die Krankenkassen erkennen sämtlich die Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung an, wenn entsprechende ärztliche Bescheinigungen vorgelegt werden.

In einigen Fällen ist die vorgeschriebene Schonzeit von 8 Wochen von den Wöchnerinnen nicht eingehalten worden. Eine Textilarbeiterin hatte bis zum letzten Tage vor der Niederkunft gearbeitet und die Arbeit bereits 6 Wochen nach dieser wiederaufgenommen, obwohl das neugeborene Kind nach Angabe des Arztes infolge Überanstrengung der Mutter nicht lebensfähig gewesen war. Die Arbeiterin hatte neben ihrer Arbeit im Betriebe noch einen Haushalt und drei Kinder zu versorgen. Auch in einer Schokoladenfabrik hatte eine Arbeiterin bis zum letzten Tage vor der Entbindung gearbeitet und war bereits 6 Wochen später wieder eingestellt. In einer anderen Schokoladenfabrik hatte eine Arbeiterin neun Wochen vor der Niederkunft infolge von Nierenbluten die Arbeit aufgeben müssen und war 14 Tage nach der Entbindung bereits wieder eingestellt worden. Das Kind war tot. Die Arbeiterin gab an, sie stände allein und sei sehr arm.

Bei einer Heimarbeiterin soll übermäßiges Nähen von Wäsche bis zum Tage der Niederkunft nach Angabe des Arztes einen besonderen ärztlichen Eingriff bei der Geburt des Kindes erforderlich gemacht haben.

Von der Gewerbeaufsicht sind insgesamt 50 junge Mütter in den Betrieben über das Stillen ihrer Kinder befragt worden. Ein Kind war totgeboren, ein Kind unmittelbar nach der Geburt gestorben. Die übrigen Kinder sind angeblich von ihren Müttern mindestens bis zur Wiederaufnahme der Arbeit nach 6 Wochen, teilweise auch noch länger gestillt worden. Acht Arbeiterinnen haben ihre Kinder während der Mittagspause, die in diesen Fällen mindestens eine Stunde dauerte, gestillt. Nur einer Arbeiterin ist das Kind von ihrer Mutter in den Betrieb gebracht, die übrigen haben ihre nahe gelegene Wohnung aufgesucht.

Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren werden nur selten in den nicht ununterbrochen arbeitenden Betrieben zur Nachtarbeit herangezogen. Auch in den ununterbrochen arbeitenden Betrieben sind nur noch wenig Arbeiter dieser Altersgruppen tätig gewesen. Die Betriebsleiter größerer Werke pflegen sie im allgemeinen nicht zu Nachtarbeiten heranzuziehen, weil sie der Ansicht sind, daß ihre Leistungsfähigkeit und ihre Widerstandskraft gegen die Nachteile der Nachtarbeit noch zu gering sind. Die Inhaber kleinerer Pappen- und Papierfabriken haben demgegenüber angegeben, daß sie keine schlechten Erfahrungen mit den 16 bis 18 Jahre alten Arbeitern gemacht hätten und sie bei einer etwaigen Besserung des Arbeitsmarktes auch wieder zu Nachtarbeiten heranziehen würden. Nicht zu entbehren wird die Nachtarbeit der 16- bis 18jährigen Arbeiter in den Betrieben sein, in denen sie, wie z. B. in den Tafelglasbetrieben der älteren Arbeiter, denen sie zur Ausbildung beigegeben sind, unmittelbar teilnehmen müssen.

Zuwiderhandlungen gegen die Sonderbestimmungen für Jugendliche und Kinder sind mehrfach festgestellt worden. In einer auf dem Lande belegenen Wassermühle mußten jugendliche Arbeiter bereits um 5 Uhr

morgens mit der Arbeit beginnen und nach 8 Uhr abends noch arbeiten. In einer Kaffeerösterei in der Stadt Braunschweig ist eine größere Anzahl von Jugendlichen vor Weihnachten längere Zeit mit dem Füllen und dem Verpacken der Kaffeebüten über 8 Stunden hinaus und bis nach 8 Uhr abends beschäftigt gewesen. Der Inhaber dieses Betriebes wollte von dieser von seinem Meister angeordneten Arbeitszeit keine Kenntnis gehabt haben. In einer Papierfabrik sind jugendliche Arbeiter trotz vorheriger Verwarnung des Inhabers fortgesetzt in der Nachmittags- und Nachtschicht von 2 bis 10 Uhr abends tätig gewesen. Der Inhaber und sein Meister sind deswegen bestraft worden. Ebenso ist der Leiter eines kleinen Sägewerkes bestraft worden, weil er zwei Jugendliche in der Nachtschicht von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens beschäftigt hatte. In einer Tütenkleberei im Harz haben einige jugendliche und zwei schulentlassene noch nicht 14 Jahre alte Mädchen täglich 10½ Stunden bei Pausen von insgesamt nur ¼ Stunden gearbeitet. Der Betrieb war erst neu eröffnet, und die Inhaber kannten die gesetzlichen Vorschriften nicht. Sie sind daher nur verwahrt worden.

Zwei Gewerbetreibende sind wegen unzulässiger Beschäftigung von Jugendlichen an Sonn- und Festtagen zur Anzeige gebracht und bestraft worden.

Nach den Verzeichnissen, welche von den Schulen eingereicht werden, ist die Zahl der gewerblich tätigen Kinder gegenüber dem Vorjahre etwas geringer geworden. Beim Aufrichten von Kegeln in Gastwirtschaften und auch bei der Beschäftigung in anderen Betrieben sind die Kinder in vielen Fällen durch erwerbslose Erwachsene ersetzt worden. Mehr als die Hälfte der gewerblich tätigen Kinder half ihren Müttern beim Austragen von Zeitungen. Dabei ist oft gegen die Vorschriften über das Mindestalter der Kinder und die zweistündige Mittagspause nach dem Schluß des Unterrichts verstoßen worden. In einem Falle ist sogar ein fünfjähriges Kind beim Austragen von Zeitungen zur Hilfe der Mutter angetroffen. Bei einer solchen Beschäftigung der Kinder für dritte Personen durch die Eltern wollen diese immer noch nicht einsehen, daß ihrem Verfügungsrechte über die Arbeitskraft ihrer Kinder durch das Gesetz Grenzen gezogen sind. Die Mütter halten das Hin- und Herablaufen auf den Treppen durch die Kinder für eine Spielerei und für leicht im Verhältnis zu der Landarbeit, welche sie selbst in ihrer Kindheit vielfach haben verrichten müssen.

Gegen das Austragen von Brötchen vor 8 Uhr morgens durch Schulkinder hat wieder in einigen Fällen eingeschritten werden müssen. Ferner sind wieder einige Kinder unzulässigerweise in Motowerkstätten zu leichten Arbeiten herangezogen worden. Ein Stuhlflchter beschäftigte seinen achtjährigen Jungen mit dem Einziehen von Rohr in die Stühle. Ein Buchhändler, der trotz Verwarnung einen erst zehnjährigen Knaben fortgesetzt mit Botengängen beschäftigte, ist zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Bei der Revision einer auf dem Lande gelegenen Konservenfabrik wurden vier schulpflichtige Kinder beim Bohnenabziehen im Betriebe angetroffen. Es stellte sich heraus, daß der Fabrikhaber bereits seit längerer Zeit 10 bis 12 schulpflichtige Kinder mit Arbeiten im Betriebe beschäftigt hatte. Alle Arbeiten mußten von den Kindern im Afford

ausgeführt werden. Der Fabrikant ist zu einer nicht unbeträchtlichen Geldstrafe verurteilt.

Die Zahl der Lehrlinge überschritt vielfach die durch behördliche Vorschriften oder Bestimmungen der Handwerkskammer zugelassene Höhe. Verschiedene Bäcker- und Schlachtermeister sind zur Entlassung der zuviel eingestellten Lehrlinge gezwungen worden. Das ist mehrfach erst nach längerer Zeit, nachdem ihre Anträge auf nachträgliche Genehmigung zur Mehreinstellung von Lehrlingen in allen Instanzen abgelehnt waren, gelungen. In einer Kreisstadt, in der Mangel an geeigneten Lehrstellen für Schlosser herrscht, ist einigen kleinen Maschinenfabriken die Einstellung von Lehrlingen über das vorgeschriebene Maß hinaus gestattet worden. Während des Jahres hat die Zahl der Lehrlinge in diesen Fabriken noch eine weitere Erhöhung erfahren müssen, um denen, die auf Veranlassung der Eltern das Lehrverhältnis in einem anderen Betriebe wegen ungenügender Ausbildung gelöst hatten, das Weiterlernen zu ermöglichen.

Die Vermittlung von Lehrstellen durch die Berufsberatungs- und Lehrlingsvermittlungsstelle beim Kreisarbeitsnachweise Braunschweig hat in den letzten Jahren immer größeren Umfang angenommen. Eine Anzahl von Lehrmeistern läßt sich ihre Lehrlinge jetzt ausschließlich durch diese Stelle zuweisen. Dadurch, daß dem Lehrherrn die von der Schule und dem Schularzte, sowie vom physiologisch-psychotechnischen Institute der Technischen Hochschule über die Fähigkeiten sowie die körperlichen und geistigen Eigenschaften des Lehrstellenbewerbers erstatteten Gutachten zur Durchsicht gegeben werden, wird ihm die Auswahl wesentlich erleichtert. Im letzten Jahre waren bei der Vermittlungsstelle Lehrstellen für 342 Knaben und 87 Mädchen angemeldet. 250 Knaben und 57 Mädchen haben durch die amtliche Vermittlung Lehrstellen erhalten.

Die Verhältnisse der Hausarbeiter und der Hausgewerbetreibenden haben sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich geändert. Die höchsten Stundenverdienste von Heimarbeiterinnen liegen zwischen 45 und 50 Pfennig. Nicht zu billigen ist, daß ein Teil der Konjervenfabrikanten den Heimarbeiterinnen geringere Löhne als den im Betriebe mit gleichen Arbeiten beschäftigten Arbeiterinnen zahlten. Nicht zu billigen ist auch, daß in einigen Konjervenfabriken die Heimarbeiterinnen den Transport der mit Gemüse gefüllten, oft zentnerichweren Säcke zu und von der Wage, zuweilen selbst über Treppen allein ohne Hilfe besorgen mußten. Einige Fabrikanten forderten von ihren Heimarbeiterinnen die Rücklieferung des ihnen übergebenen Gemüses bereits nach drei bis vier Stunden. In diese Zeit war der Transport zur Wohnung und von dieser zur Fabrik zurück mit einbegriffen. Dadurch sind Heimarbeiterinnen veranlaßt, an einem Tage zwei- und sogar dreimal Gemüse abzuliefern. Das hatte dann zur Folge, daß Arbeiterinnen angetroffen wurden, die zwischen 6 und 7 Uhr vormittags, ohne etwas zu genießen, zum Gemüseholen von Hause fortgegangen waren und sich bis Mittag keine Zeit genommen hatten, Speisen zu sich zu nehmen.

C. Angestellte.

Die Angestellten sind noch in vielen Fällen über das zulässige Maß hinaus beschäftigt gewesen. In geringem Umfange war das der Fall bei den in den Kontoren beschäftigten Angestellten, da ein Bedürfnis zur Mehrarbeit bei der schlechten Wirtschaftslage nur selten vorlag. In einigen Konservenfabriken sind die Büroangestellten mehrfach von 8 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends beschäftigt worden. Auch ein technisches Büro hielt seine Angestellten an den Abenden zur Fertigstellung eiliger Offerten oft übermäßig lange zurück. Der Leiter des Büros gab als Grund dafür an, daß ihm seine Auftraggeber und unter diesen besonders die Staats- und Kommunalbehörden zur Abgabe seiner Angebote oft nur eine überaus kurze Frist stellten. Auf Vorhalt gab er jedoch zu, daß er bei besserer Vorbereitung und Einteilung seiner Arbeiten nicht erlaubte Mehrarbeit vermeiden könne.

In einer Bankfiliale sollten angeblich Angestellte bis 10 Uhr abends beschäftigt werden. Bei der ersten Revision gegen $9\frac{1}{4}$ Uhr abends fand der Beamte die Türen verschlossen, die Räume aber sämtlich erhellt. Auf sein Klopfen wurde nicht geöffnert. Nach einiger Zeit verließen fünf Angestellte das Haus. Einer von diesen, der von dem Beamten angeredet wurde, gab nach anfänglichem Leugnen zu, bis vor kurzem beschäftigt zu sein. Die anderen Angestellten hatten sich inzwischen schnellig entfernt. Bei einer bald darauf erfolgten nochmaligen Revision um $8\frac{1}{4}$ Uhr abends wurden die Angestellten bei der Vornahme von Jahresabschlußarbeiten betroffen. Die Einstellung der unzulässigen Mehrarbeit ist daraufhin veranlaßt.

Auch der Inhaber einer Weingroßhandlung mußte wegen unzulässig langer Beschäftigung seiner Angestellten verwarnt werden. Das hatte zur Folge, daß von ihm mit einer Vereinigung von Angestellten und Arbeitern, der zwar auch Arbeitnehmer anderer Firmen angehörten, die aber lediglich zum Zwecke der Verlängerung der Arbeitszeit gebildet sein dürfte, tarifliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nach denen eine neun- und zehnstündige Arbeitszeit verlangt werden kann.

In großem Umfange wurde gegen die Arbeitszeitevorschriften in den offenen Verkaufsstellen verstoßen. Lediglich in den größeren Geschäften sind Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen den gesetzlichen Bestimmungen angepaßt. In den kleineren Geschäften werden dagegen die Aushänge über die Arbeitszeit und die Pausen zwar so eingerichtet, als ob die Arbeitszeitevorschriften befolgt würden, tatsächlich ist das aber nicht der Fall, da die Arbeitspausen fast nie innegehalten werden und auch vielfach eine Beschäftigung der Angestellten über den Ladenschluß hinaus stattfindet. Am häufigsten werden die Angestellten in den Handelsgeschäften der kleineren Städte unzulässig lange beschäftigt. Genaue Feststellungen über die Arbeitszeiten werden jedoch durch das Verhalten der Angestellten selbst sehr erschwert, so daß nur selten Bestrafungen der Geschäftsinhaber herbeigeführt werden können.

In einigen kleineren Städten, aus denen Klagen über Nichtinnehaltung des Siebenuhrladenschlusses und der Sonntagsruhe laut wurden,

sind die offenen Verkaufsstellen nach 7 Uhr abends und an Sonntagen revidiert. Eine nicht geringe Zahl von Geschäftsinhabern ist daraufhin zur Anzeige gebracht worden.

In einer Anzahl von Ortschaften haben die Handelsgewerbetreibenden die Verlängerung der Verkaufszeit über 7 Uhr abends hinaus und das Offenhalten der Geschäfte an den Sonntagen beantragt. Besonders häufig waren die Anträge zum Offenhalten der Geschäfte bis 8 oder 9 Uhr abends in den Sommermonaten vom 1. Mai bis 30. September. Sie wurden meist damit begründet, daß die in der Landwirtschaft tätigen Personen und vor allem auch die oft in benachbarten Orten in gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ihre Einkäufe nicht während des Tages, sondern erst in den Abendstunden nach Rückkehr vom Felde oder von der Arbeitsstelle erledigen könnten. Für die Freigabe der Sonntage zum Verkaufe wurde als Begründung angeführt, daß den an diesen Tagen von den umliegenden Ortschaften zum Besuche der Kirche kommenden Personen Gelegenheit zum Einkaufen gegeben werden müsse. In einigen Fällen ist auch darauf hingewiesen, daß in den benachbarten preussischen Gemeinden die Verkaufsstellen an den Sonntagen geöffnet seien. Es ist vorgekommen, daß die Ortspolizeibehörden bei der Erledigung solcher Anträge den Geschäftsinhabern über ihre Zuständigkeit hinaus entgegengekommen sind, und daß die Zurücknahme zu weitgehender Genehmigungen zum Offenhalten der Verkaufsstellen veranlaßt werden mußte. Trotzdem die Anträge der Geschäftsinhaber fast stets durch die Ortspolizeibehörden lebhaft befürwortet wurden, ist von den höheren Verwaltungsbehörden in keinem Falle eine Genehmigung erteilt worden, die über das in § 105 b Abs. 2 der G.D. und im § 9 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 (RGBl. S. 315) zugelassene Maß hinausgeht.

Eine Schokoladenfabrik beantragte, ihre Angestellten an einem Sonntage bei einer nötig gewordenen außerordentlichen Inventur beschäftigen zu dürfen. Da es sich nicht um eine gesetzlich vorgeschriebene Inventur handelte und daher der § 105 c Abs. 1 Ziff. 2 der G.D. nicht in Frage kam, und da auf Grund von § 105 f der G.D. nur die Beschäftigung von Arbeitern, nicht aber von Angestellten an Sonntagen zugelassen werden kann, konnte die Genehmigung nicht erteilt werden. Der Betrieb hat sich durch Überstunden am Sonnabend und am Montag zu helfen gewußt.

Mehreren größeren Bankgeschäften ist im Anfang des Jahres vorübergehend Mehrarbeit zur Fertigstellung der Jahresabschlußarbeiten genehmigt worden.

Weibliche Angestellte, welche ihrer Niederkunft entgegensehen, wurden bei den Revisionen nicht angetroffen. Durch Befragen zweier Krankenkassen, welche sehr viele weibliche Angestellte zu ihren Mitgliedern zählen, ist festgestellt, daß diese größtenteils, vor allem in offenen Verkaufsstellen schon in den ersten Monaten der Schwangerschaft ihre Beschäftigung aufgeben oder entlassen werden. In einem Falle verweigerte der Arbeitgeber einer Angestellten, welche bis kurz vor ihrer Niederkunft tätig gewesen war, die Weiterzahlung des Gehaltes nach der Einstellung der

Arbeit, indem er behauptete, ihr wochenlanges Ausbleiben sei für ihn nach § 72 Abs. 1 Ziff. 3 HGB. ein Grund zur fristlosen Entlassung. Das Kaufmannsgericht aber hat der Angestellten das Gehalt für weitere 6 Wochen zugesprochen. Mehr Entgegenkommen zeigte ein anderer Geschäftsinhaber, der seine Kassiererin, die bei ihm schon jahrelang tätig war, zwei Wochen vor ihrer Niederkunft auf acht Wochen beurlaubte und für diese Zeit eine Aushilfe einstellte.

Für die kaufmännischen Lehrlinge werden mehr und mehr schriftliche Lehrverträge abgeschlossen. Die Lehrzeit beträgt im allgemeinen drei Jahre, zuweilen auch nur zwei oder zweieinhalb Jahre. In einzelnen kleineren Geschäften in den Landstädten ist eine unverhältnismäßig große Zahl von Lehrlingen festgestellt worden.

II. Schutz der Arbeitnehmer vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Aus den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben sind 3705 Unfälle gemeldet worden. Von diesen hatten 14 den Tod zur Folge. 128 Unfälle ereigneten sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle.

Es hat sich herausgestellt, daß die im vorigen Jahresberichte für das Jahr 1925 angegebene Zahl der gemeldeten Unfälle um 807 zu niedrig gewesen ist. Die Zunahme der Unfälle im letzten Jahre beträgt daher gegenüber dem Jahre 1925 nicht ganz 500.

Während in den Betrieben einzelner Gewerbebezüge, wie z. B. in den Brauereien und in den Chemischen Fabriken die Zahl der Unfälle gesunken ist, ist sie in den meisten Gewerbebezügen in geringem Umfange, in den Detailhandelsbetrieben, in den Buchdruckereien, in den Betrieben der Feinmechanik und Elektrotechnik, im Steinbruchsgewerbe, in den zur Knappschafts- und zur Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft gehörenden Betrieben sowie vor allem im Baugewerbe merklich gestiegen. Aus den diesem Gewerbe angehörenden Betrieben sind allein 160 Unfälle mehr als im Jahre 1925 zur Anmeldung gekommen.

Neben anderen Gründen kann die Zunahme der gemeldeten Unfälle auch darauf zurückgeführt werden, daß auf Anordnung des Herrn Arbeitsministers jetzt die Unfallanzeigen in doppelter Ausfertigung von den Unternehmern an die Ortspolizeibehörden einzusenden sind, die dann eine Ausfertigung an das Gewerbeaufsichtsamt weiterzugeben haben. Früher sollten die Ortspolizeibehörden von den bei ihnen eingehenden Unfallanzeigen Abschriften anfertigen und diese dem Gewerbeaufsichtsamt zustellen. Das ist jedoch, namentlich von den Ortspolizeibehörden der Landgemeinden, oft unterlassen worden.

Auf zu steilen Abbau in Steinbrüchen, Tongruben und Ziegeleien und Sandgruben sind allein fünf Todesfälle zurückzuführen. Der eine Unfall, der gleichzeitig zwei Opfer forderte, ereignete sich in einer städtischen Grube, aus welcher der Boden abgebaut und auf die naheliegenden Müllabfuhrplätze aufgetragen wurde, um diese wieder für landwirtschaftliche Zwecke brauchbar zu machen. Infolge Fehlens jeglicher Auf-

sicht und Anleitung hatten die beiden Arbeiter den Boden von der 4 m hohen Wand durch Unterhöhlen zu gewinnen versucht und sind dabei verschüttet worden. Ein tödlicher Unfall in einer Kiesgrube ist auf mangelhafte Aufsicht und falsche Anweisung durch das Aufsichtspersonal zurückzuführen. Sowohl der Inhaber des Betriebes, wie auch der Obermeister und der Bruchmeister sind daher wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Auch eine Anzahl nicht tödlicher Unfälle sind die Folge falschen Abbaues in Steinbrüchen und Gruben gewesen. Ein Unfall in einem Steinbruche ereignete sich dadurch, daß nach einem heftigen Regen sich Gesteinsmassen von der Bruchwand lösten und einen am Fuße der Wand beschäftigten Arbeiter in den Rücken trafen. Dieser erlitt eine Verstauchung des Rückgrates. In einem anderen Steinbruche löste sich bei plötzlich eingetretenem Tauwetter ein Erdklumpen und brachte einem mit dem Loshaben von Abraum beschäftigten Arbeiter Beinverletzungen bei. In beiden Fällen war verabshäumt, die Bruchwände rechtzeitig zu untersuchen.

Auch beim Sprengen sind wieder einige Unfälle eingetreten. In einem Steinbruche waren in einem etwa 4½ m tiefen Bohrloche zunächst eine Sprengstoffpatrone und dann etwa 3 Pfund Pulver zur Explosion gebracht. Der schon mehrere Jahre in dem Bruche beschäftigte Schießmeister hatte darauf nach etwa 10 Minuten mit der Hand etwas Pulver in das Loch geworfen. Als dann in 4 bis 5 Minuten das Pulver scheinbar nicht entzündet war, hatte er begonnen, das Loch ohne Zuhilfenahme eines Trichters von neuem mit Pulver zu laden. Beim Einfüllen des zweiten Maßes Pulver trat eine Explosion ein, die dem Schießmeister beide Hände und das Gesicht schwer verbrannte. Dieser hat sich den Unfall selbst zuzuschreiben, da er leichtsinnigerweise die beim sogenannten Kesseln vorgeschriebenen Pausen nicht innegehalten und beim Einfüllen des Pulvers den vorgeschriebenen Trichter nicht benutzt hat. In einem anderen Steinbruche hatte sich ein polnischer Arbeiter trotz zweimaligen Hornsignales nicht mit den übrigen Arbeitern zusammen aus dem Bruche entfernt. Nach erfolgter Sprengung wurde er durch einen Stein am Fuße verletzt. Auch dieser Unfall ist die Folge der Gleichgültigkeit des Verletzten.

Auch beim Transport und Verladen ereigneten sich zwei tödliche Unfälle. In einer Mühle wurde ein Arbeiter beim Transporte eines schweren Maschinenteiles über eine Freitreppe von nur geringer Höhe dadurch erschlagen, daß das nach Anweisung eines auswärtigen Monteurs anscheinend jaggemäß hergestellte Gerüst nachgab. Beim Abladen von in Bretter zerschnittenen Stämmen aus einem offenen Eisenbahnwagen rutschte nach Entfernung der Seitenrungen ein Teil der Ladung nach der Seite ab, und einige Bretter trafen einen der Arbeiter am Kopfe. Das Abrutschen der Ladung wurde auf den Bruch eines zwischen die einzelnen Holzbloche gelegten Querholzes zurückgeführt. Ob diese Annahme zutrifft, und wodurch der Bruch des Querholzes veranlaßt ist, hat sich mit Bestimmtheit nicht feststellen lassen.

Mehrere Verkehrsunfälle hatten tödliche Folgen. Der Führer des Lieferwagens eines Konfektionsgeschäftes ist mit einem Personentrast-

wagen zusammengestoßen und dabei verunglückt. Ein Malerlehrling ist auf dem Nachhausewege von der Berufsschule von einem Kraftwagen angefahren und getötet. Ein Arbeiter einer Blechwarenfabrik ist auf unaufgeklärte Weise während der Fahrt von dem Sitze des Anhängers eines Lastkraftwagens gestürzt. Ein vierter Arbeiter erlitt beim Ankuppeln eines Anhängewagens an einen Motorlastwagen eine schwere Brustquetschung, an deren Folgen er gestorben ist. Er hatte das Ankuppeln zum ersten Male ausführen wollen.

In einem Hüttenwerke traf die Kurbel einer Winde einen Arbeiter, der ein großes Glockenventil in einer Gasleitung schließen wollte, so heftig an den Kopf, daß er wenige Tage darauf verstarb. Bei der bald nach dem Unfälle vorgenommenen Besichtigung der Winde, war diese bereits in zweckmäßiger Weise abgeändert.

An einem Aufzuge in einer Möbelfabrik wollte der Meister das Steuerseil, welches infolge unsachgemäßer Handlungen eines Arbeiters an der Steuerung aus der oberen Führungsrolle gesprungen war, wieder auf die Rolle legen. Er setzte sich zu diesem Zwecke oben auf die Seitenwand des dicht unter seiner obersten Stellung zum Stillstande gebrachten Fahrforbes. Durch das Hantieren mit dem Steuerseile rüdte er unsicherlich die Aufzugswinde wieder ein, und der Fahrforb bewegte sich weiter nach oben, so daß der Meister erhebliche Quetschungen erlitt, die seinen Tod zur Folge hatten. Der Fahrstuhl war, wie sich bei der Untersuchung des Unfalles herausstellte, ohne die vorgeschriebene behördliche Abnahme betrieben worden. Der Unfall ist jedoch lediglich auf das Außerachtlassen der nötigen Vorsichtsmaßnahmen durch den Meister selbst zurückzuführen.

Mehrere Arbeiter wurden durch elektrischen Strom verletzt. Ein Schlosser, der von dem ersten Stockwerke des Beamtenwohnhauses einer Glashütte aus vorübergehend einen Kellerraum elektrisch beleuchten wollte, schraubte in eine Deckenbeleuchtung einen Stechkontakt und führte von diesem, ohne die Sicherungen entfernt zu haben, zwei isolierte Leitungen aus dem Fenster hinaus zum Keller. Dabei berührte er mit den Händen die unter Spannung befindliche Fassung der im Keller anzubringenden Lampe. Er stieß einen Schrei aus und fiel um. Trotz angestellter Wiederbelebungsversuche konnte der herbeigerufene Arzt nur seinen Tod feststellen. Der Unfall ist durch Drehstrom von 220 Volt verursacht worden. Brandwunden oder mechanische Verletzungen sind an dem Toten nicht festgestellt worden. Der Erdboden, auf welchem er gestanden hatte, war durch anhaltenden Regen stark durchfeuchtet. Der Verunglückte soll außerdem auch etwas herzkriech gewesen sein. In einem anderen Betriebe schaltete ein Arbeiter einen Messerschalter für einen Elektromotor ein, ohne darauf zu achten, daß der Anlasser noch für volle Belastung des Motors eingestellt war. Als er das dadurch bemerkte, daß der Motor zu laufen begann, zog er sofort den Schalthebel wieder zurück. Unmittelbar darauf flog der Deckel des Messerschalters ab und eine Flamme schlug darunter hervor, die den Arbeiter am Kopfe und an der Hand verbrannte. Der beim Ausschalten aufgetretene Flammenbogen hatte vermutlich Kurzschluß in dem Schalter verursacht, da an

ihm die oberen drei Klemmen stark verbrannt waren. Infolge der plötzlichen starken Überlastung war auch der vom Generator zur Kraftmaschine führende Riemen in der Zentrale gerissen. Bei der Untersuchung des Unfalles waren bereits in der Nähe der Schalter und Unterschlösser bei allen Elektromotoren Schilder mit entsprechenden Bedienungsanweisungen angebracht. Da vor einiger Zeit sich schon ein ähnlicher Unfall im gleichen Betriebe ereignet hat, sollen jetzt die Messerschalter durch Ölhalter, die sich bei Überlastung selbsttätig ausschalten, ersetzt werden.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in der Reparaturwerkstätte eines Elektrizitätswerkes. Ein Arbeiter wollte von einer 60 cm langen und 8 cm starken Rolle für das Kohlenförderband die an den Enden befindlichen Lagerzapfen durch Erwärmen im Schmiedefeuere lösen, die fest in die Rolle hineingepreßt waren und die Luft in ihr dicht abschlossen. Durch die Erwärmung muß nun die Luft eine solche Spannung erhalten haben, daß der eine Lagerzapfen plötzlich mit Gewalt herausgeschleudert wurde. Durch den Gegenstoß flog die Transportrolle selbst gegen den Körper des Arbeiters und verletzte ihn beträchtlich. Durch den Lagerzapfen ist glücklicherweise niemand getroffen. Von der Betriebsleitung ist daraufhin angeordnet, daß bei Wiederholung derartiger Arbeiten vor Beginn der Erwärmung jede Rolle angebohrt wird, damit die Luft entweichen kann.

Auf die Gedankenlosigkeit und den Leichtsinne der Arbeiter waren folgende Unfälle zurückzuführen: In einem großen Betriebe suchte ein dort jahrelang als Kesselheizer beschäftigter Arbeiter bei Betriebschluß den noch in reichlicher Menge auf dem Koste eines Dampfkessels befindlichen glühenden Brennstoff durch Aufgießen eines Eimers Wasser zu löschen. Dabei entstand eine große Stichflamme, die ihn erheblich verbrannte. Ein Kraftwagenführer wollte eine Reparaturgrube reinigen. Um den Inhalt der Grube zu untersuchen, leuchtete er leichtsinnigerweise mit einem Zündholze hinein. Die in der Grube befindlichen Benzindünste entzündeten sich und brachten dem Kraftwagenführer Brandwunden im Gesichte bei. In einer Brauerei erlosch beim Entpichen eines Bierfasses die Flamme des Brenners. Der Arbeiter stellte das Faß zur Seite und zündete den Brenner wieder an. Als er dann das Faß wieder auf den Brenner setzte, zerplatzte der Boden des Fasses, und umherfliegende Holzsplitter verletzten den Arbeiter an verschiedenen Stellen. Infolge des Zurseitstellens des Fasses war Luft in das Faß gekommen und hatte mit den darin befindlichen Pechdämpfen ein explosives Gemisch gebildet. Der Arbeiter hatte die ihm bekannte Regel nicht beachtet, daß mit dem Entpichen eines Fasses, welches vom Brenner heruntergenommen ist, erst fortgefahren werden darf, nachdem es genügend erkaltet und durchlüftet ist. In einer Blechwarenfabrik verlor eine Arbeiterin an einer Stanze zwei Fingerglieder. Die Maschine stand in einem wenig beaufsichtigten Winkel des Arbeitsraumes gestanden, und die Arbeiterin hatte sich neben ihrer Arbeit noch mit dem Lesen eines Buches beschäftigt.

Der Zustand der Arbeitsräume, der Maschinen und Gerätschaften ließ noch oft zu wünschen übrig. Häufig war der Fußboden der Arbeitsräume schadhast, so daß Unfälle durch Straucheln und Fallen der Arbeiter zu befürchten waren. An den Arbeitsmaschinen fehlten noch oft die einfachsten Schutzvorrichtungen. Selbst bei neugelieferten Maschinen war das mehrfach der Fall. Vor allem waren viele Holzbearbeitungsmaschinen nicht in der erforderlichen Weise geschützt.

Besondere Aufmerksamkeit wurde im letzten Jahre den sogenannten Brüdenapparaten in den Backöfen der Bäckereien zugewendet, da bekanntgeworden war, daß mehrere solche Apparate zerplatzt waren und nicht unerhebliche Zerstörungen in den Backöfen hervorgerufen hatten. Nach den angestellten Ermittlungen bestanden die zerprungenen Brüdenapparate aus einem gußeisernen Kasten, der in das Mauerwerk des Backofens unter dem Herd eingebettet war und durch dieses erhitzt wurde. Der im Innern des Backofens benötigte Dampf wurde dadurch erzeugt, daß durch eine absperrbare Leitung eine geringe Menge Wasser in den Kasten hineingelassen wurde, welche dann an den heißen Wandungen verdampfte und als Dampf durch ein offenes Rohr in den Herdraum des Ofens strömte. Da beim Einlassen zu großer Wassermengen in den Brüdenapparat gelegentlich nicht nur Dampf, sondern auch Wasser in den Herdraum gelangte, wodurch die Backwaren z. T. verdorben wurden, hatte ein hiesiger Backofenbauer auf Anregung der Bäckermeister das Dampfrohr absperrbar gemacht. Dadurch hatte er die Möglichkeit geschaffen, daß bei einem vorzeitigen Schließen des Dampf- und des Wasserventiles ein Überdruck in dem Apparate auftreten konnte, dem dieser nicht gewachsen war. Daher ist mit Nachdruck darauf hingewirkt, daß die Absperrbarkeit der Apparate durch Entfernung der Dampfventile wieder beseitigt wurde. Einen Rückhalt bei diesen Forderungen gab die Vorschrift im § 1 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Landdampfkesseln und ein Runderlaß des Herrn Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 9. September 1908, nach welchem derartige Apparate als Kleinkessel zu gelten haben, sobald sie absperrbar sind. Alle Bäckermeister haben, als sie von der Sachlage und der ihnen drohenden Gefahr unterrichtet waren, den Anordnungen der Gewerbeaufsichtsbeamten Folge geleistet, bis auf einen, der dann wegen Betriebes eines nicht genehmigten Dampfkessels angezeigt und bestraft worden ist.

Der Zustand der Dampfkesselanlagen war, namentlich in kleineren Betrieben, zuweilen recht bedenklich. In einem Sägewerke war der untere Proberhahn verstopft. Der als Heizer tätige Sohn des Besitzers gab zu, den Hahn zum letzten Male vor etwa drei Wochen probiert zu haben. In einer kleinen Mühle war das Gewicht des Sicherheitsventiles mit einem Schraubenschlüssel belastet. Der Kesselfwärter gab an, von seinem Arbeitgeber den Auftrag erhalten zu haben, den Schlüssel nach Benutzung stets auf diese Stelle zu legen. Auf die Frage, weshalb er zu wenig Wasser im Kessel habe, gab derselbe Heizer an, sein Arbeitgeber habe ihm aufgetragen, die Speisepumpe nicht zu benutzen. Der Betriebsinhaber ist daraufhin ersucht worden, nur gewissenhafte und mit der Kesselfwartung

vertraute Personen als Heizer zu verwenden. Die Überlastung von Sicherheitsventilen ist noch in mehreren Fällen festgestellt. Ein Molkereibesitzer ist deswegen zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Mehrfach waren auch die Notausgänge aus den Kesselräumen nicht benutzbar. In einem Falle war das als Notausgang bestimmte Fenster nicht in genügender Größe ausgeführt, in einem anderen Falle war das vorhandene Fenster ganz zugemauert. Die Kesselhäuser werden auch noch oft von Unbefugten als Aufenthaltsraum während der Pausen, vor allem während der kalten Jahreszeit, benutzt.

In verschiedenen Molkereien wurden wieder Niederdruckkessel vorgefunden, deren Sicherheitsrohre höher als 5 m waren. In allen Fällen ist die erforderliche Verkürzung der Rohre gefordert worden.

Die elektrischen Einrichtungen entsprachen in vielen Betrieben nicht den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker. Oft waren keine Abdeckungen über den Schaltern vorhanden. In einer Möbelfabrik befanden sich hinter der Schalttafel für die Lichtanlage zwei Stühle, und in einer Maschinenfabrik war der Zugang zum Raume hinter der Schalttafel so schmal, daß für die Bedienungsperson Gefahr bestand, mit den unter Spannung stehenden Teilen der Anlage in Berührung zu kommen. Oft waren auch die metallenen Gehäuse von Motoren noch nicht geerdet.

Eine Anzahl von Ätzylenapparaten waren ohne die vorgeschriebene Anmeldung bei der Polizeibehörde in Benutzung genommen. In einigen Fällen entsprachen die Aufstellungsräume nicht den bestehenden Vorschriften.

Auch einige Mineralöllager wurden wieder vorgefunden, die nicht angemeldet und nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend angelegt waren. Ein Schmied unterhielt auf seinem Grundstücke eine fahrbare Tankanlage zur Abgabe von Benzin an Kraftfahrzeuge. Sie bestand aus einem einfachen Eisensaß, welches auf einem flachen Wagen befestigt war und nachts in einem Schuppen neben seinem Hause untergestellt wurde. Als er auf die Unzulässigkeit der Anlage hingewiesen wurde, war er sofort bereit, die Anlage nicht mehr zu benutzen, da ihm bereits mehrfach Benzin aus dem Schuppen entwendet worden war.

Im allgemeinen haben sich die Arbeitgeber bemüht, den an sie gestellten Forderungen nachzukommen. Zuweilen mußte aber auch durch Erlass von Verfügungen auf Grund von § 120 d der G.D. ein Zwang ausgeübt werden. In einigen Fällen mußte sogar die Bestrafung der Unternehmer herbeigeführt werden, um die Befolgung der Verfügung zu erreichen. Besonders widerspenstig zeigte sich ein Schmiedemeister in einem Dorfe, in dessen Werkstatte etwa 60 cm über dem Fußboden eine unverkleidete Welle und außerdem noch andere Gefahrenquellen vorzubringen, da sein Betrieb schon lange Jahre in dem gleichen Zustande sei, ohne daß ein Unfall schon lange Jahre in dem gleichen Zustande verbeauflichtsbeamte verstehe, ob Schutzvorrichtungen nötig seien oder nicht. Gegen die ihm zugegangene Verfügung legte er Beschwerde ein und führte auch nach ihrer Ablehnung nur einen Teil der ihm gemachten

Auflagen aus. Gegen den Strafbefehl, dessen Zustellung an ihn veranlaßt wurde, legte er zunächst Einspruch ein, zog ihn jedoch vor Beginn der Gerichtsverhandlung zurück. Für die ihm durch sein Verhalten erwachsenen Kosten hätte er weit mehr als die verlangten Schutzvorrichtungen herstellen können.

Leider zeigen auch die Arbeitnehmer noch oft wenig Interesse an der Erhaltung und Benutzung der zu ihrem Schutze getroffenen Einrichtungen. Noch oft waren insbesondere Schutzgitter und Schutzverdecke zur Seite gestellt. In einer chemischen Fabrik waren die an den Zentrifugen angebrachten Deckel von den Arbeitern wieder entfernt. An den Stanzern waren wieder oft die vorhandenen Fingerschutzvorrichtungen außer Tätigkeit gesetzt.

Die von der Reichsarbeitsverwaltung und dem Verbands der Berufsgenossenschaften herausgegebenen Unfallverhütungsbilder finden in den Betrieben immer größere Verbreitung. Nicht immer allerdings waren sie an geeigneten Plätzen ausgehängt. Um das Interesse der Arbeiter an den Bildern wachzuhalten, ist mehrfach ein Wechsel der Bilder nach einiger Zeit empfohlen worden.

Eine große Gießerei hat eine wesentliche Verminderung der Unfallgefahr und eine merkliche Arbeitserleichterung dadurch geschaffen, daß in der großen Gießhalle eine Hängebahnanlage geschaffen ist, von der sämtliche Gießstellen bestrichen werden. Die Gießpfannen werden nicht mehr getragen, sondern an der Hängebahn bis fast über jeden Einguß gefahren. Es ist anzunehmen, daß durch diese Einrichtung nicht nur die Arbeit erleichtert und beschleunigt, sondern auch die Zahl der Verbrennungen, die durch Verspritzen von flüssigem Eisen beim Tragen der Pfannen häufig vorkommen, vermindert wird.

B. Gesundheitschädliche Einflüsse.

Durch Verfügung des Herrn Braunschweigischen Arbeitsministers sind die Versicherungsämter angewiesen, von jeder ihnen gemeldeten gewerblichen Erkrankung dem Gewerbeaufsichtsamte Mitteilung zu machen. Daher sind dem Amte im letzten Jahre eine größere Zahl von gewerblichen Erkrankungen, und zwar überwiegend von Bleivergiftungen, bekanntgeworden. Bei einer Häufung der Meldungen aus einzelnen Betrieben ist stets nach den Ursachen der Erkrankungen geforscht und ihre Beseitigung angestrebt worden. Auch Einzelfälle sind in der Regel dann untersucht, wenn nicht nach der Art des Betriebes ohnehin mit Sicherheit angenommen werden mußte, daß die Erkrankung nicht auf die Arbeit im Betriebe zurückzuführen war.

Ein Schlosser, der in einer chemischen Fabrik eine Nacht und einen halben Tag mit der Abdichtung eines Petroleumtanks beschäftigt gewesen war, erkrankte an einer ausgedehnten Hautentzündung mit Blasenbildung am rechten Oberarm und Unterschenkel, die vom Arzte auf die Einwirkung von Petroleum und Frost zurückgeführt wurde.

Zwischen den Fingern beider Hände einer Arbeiterin, die in einer Konservenfabrik einige Tage mit dem Einfüllen vorgekochter Erbsen und

Puffbohnen in die Blechdosen beschäftigt war, bildeten sich kleine Eiterbläschen, die immer größer wurden und sich zu eitrigen Geschwüren entwickelten, so daß die Arbeiterin längere Zeit arbeitsunfähig war. Nach Ansicht des Arztes ist die Erkrankung auf die Beschäftigung zurückzuführen. Vor längeren Jahren ist über derartige Erkrankungen, die damals eine größere Zahl von Arbeiterinnen betrafen, bereits berichtet worden.

Ein in einer Weißhohlglashütte beschäftigter Glasschleifer ist vier Wochen nach seiner wegen Arbeitsmangels erfolgten vorübergehenden Entlassung nach einer Krankheit von nur wenigen Tagen gestorben. Als Todesursache ergab sich eine Geschwulst auf der linken Schulter, welche vermutlich dadurch entstanden ist, daß der Verstorbene beim Holen des Schleißandes einen besonders großen Kasten benutzte und diesen stets auf die linke Schulter gesetzt hatte.

Von einer Krankenkasse wurde mitgeteilt, daß eine Mosaikplattenfabrik dauernd einen sehr hohen Krankenbestand habe, und daß die Arbeiter der Fabrik über schlechte Luft in den Arbeitsräumen, über den schlechten Zustand des Aufenthaltsraumes für die Pausen und über Heranziehung von Arbeiterinnen zu für sie ungeeigneten Arbeiten klagten. Die daraufhin zusammen mit dem Kreisarzte vorgenommene Besichtigung ergab, daß die Klagen zum Teil begründet waren. Das Heizen der Arbeitsräume erfolgt unter Benutzung der Abwärme aus den zum Brennen der Platten benutzten Rundöfen. Dabei sind vorübergehend auch Heizgase aus der Feuerung der Öfen in die Arbeitsräume gelangt. Der Aufenthaltsraum war tatsächlich unzureichend und die Arbeiterinnen, welche mit dem Transport der Mosaikplatten beschäftigt waren, hatten sich hierbei zumeilen überanstrengt. Der Betriebsleiter hat sich bereit erklärt, einen größeren Aufenthaltsraum zu schaffen und mit dem Transport der Platten in Zukunft Männer an Stelle der Frauen zu beschäftigen. Auch eine Verbesserung der nicht genügend wetterdichten Aborte ist verlangt worden. Da die Fabrik allein auf freiem Felde liegt, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich die Arbeiter bei ungünstiger Witterung auch auf dem Wege zu und von ihrer Arbeitsstelle Erkältungen zuziehen.

Beim Erwärmen von Rieten durch einen Karbidbrenner im Inneren eines Lagertanks zog sich ein Arbeiter eine Gasvergiftung zu, an deren Folgen er mehrere Wochen zu leiden hatte.

Eine mit dem Reinigen von Bettfedern beschäftigte Arbeiterin erkrankte an Bronchitis. Da bei der Besichtigung der Bettfedernreinigungsmaschine festgestellt wurde, daß der Verschluß nicht dicht und die Einfüllvorrichtung unbenußbar war, ist die Erkrankung vermutlich auf die beim Betriebe auftretende Staubeentwicklung zurückzuführen. Die Instandsetzung der Maschine ist veranlaßt.

Bleierkrankungen von Malern und Anstreichern sind im letzten Jahre überhaupt nicht bekanntgeworden. Das wird darauf zurückzuführen sein, daß Bleifarben nur noch wenig benutzt und fast immer in angeriebenem Zustande bezogen werden.

Eine Fahrradfabrik hat in den letzten Jahren eine größere Zahl von Arbeitern in Arbeitsräumen beschäftigt, die im Keller liegen, nur geringe Höhe und ungenügende Tagesbeleuchtung haben, da sie infolge finanzieller Schwierigkeiten die Verlegung der Arbeitsmaschinen in andere bereits vorhandene Räume nicht vornehmen konnte. Da jetzt die über die Firma verhängte Geschäftsaufsicht aufgehoben ist, und bei der letzten Betriebsbesichtigung festgestellt wurde, daß die an den Schleifmaschinen vorhandene Entstaubungsanlage unbrauchbar geworden war, ist die baldige Verlegung wenigstens der Schleiferei nunmehr nachdrücklichst gefordert worden.

In einem anderen Betriebe wurden fünf Arbeiterinnen ebenfalls in einem Kellerraum mit der Herstellung von medizinischen Präparaten beschäftigt, zu denen in größeren Mengen Kollodium verwendet wurde. Bekannt wurde dieser Arbeitsraum erst dadurch, daß der Inhaber die Genehmigung zur Aufbewahrung von Kollodium in einem neu zu errichtenden Lager beantragte. Da auch in der im Erdgeschoß liegenden Wohnung des Betriebsinhabers ein geeigneter heizbarer Raum, in dem genügende Sicherheit gegen eine Entzündung und Explosion der im Betriebe entstehenden Ätherdämpfe gegeben war, nicht vorhanden war, mußte die Verlegung des Betriebes auf ein anderes Grundstück veranlaßt werden.

Aus einem großen Werke der Metallindustrie wurde Klage darüber geführt, daß die Angestellten, welche in dem über den Trockenkammern der Gießerei und mit der Hauptfront nach Süden gelegenen Lohnbüro beschäftigt wurden, sowohl durch die Dünste, die durch den Fußboden und die Wände aus den Trockenkammern eindringen, als auch im Sommer durch große Hitze zu leiden hätten. Bei der daraufhin vorgenommenen Besichtigung hatte die Werkseitung dem Übel bereits durch Dichten der Wände und des Fußbodens zu steuern versucht. Außerdem waren Ventilatoren eingebaut und im Einverständnis mit den Angestellten war ihre Arbeitszeit an den heißen Tagen auf die Stunden von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags gelegt. Die Verhältnisse schienen sich dadurch so weit gebessert zu haben, daß trotz des schönsten Wetters eine ganze Anzahl von Angestellten in der Mittagspause in dem Räume angetroffen wurde. Trotzdem ist auf möglichst baldige Unterbringung der Angestellten in anderen geeigneteren Räumen hingewirkt.

Die Beschaffung von Staubabsaugungsanlagen in Metallschleifereien oder in Holzbearbeitungsbetrieben, oder die Wiederinbetriebnahme vorhandener Anlagen ist mehrfach veranlaßt worden. Einige Male hat dabei auch Zwang ausgeübt werden müssen. Der Besitzer einer kleinen Schleiferei, der die vorhandene Staubabsaugungsanlage beseitigt hatte und auch durch eine Verfügung nach § 120 d der G.O. nicht veranlaßt worden war, sie wieder ordnungsmäßig herzurichten, ist deswegen zur Anzeige gebracht. Gegen den richterlichen Strafbefehl über 10 *R.M.* legte er Berufung ein, hatte aber dabei nur den Erfolg, daß die Strafe auf 20 *R.M.* erhöht wurde. Der Inhaber einer Holzbiegerei zahlte die Geldstrafe, die ihm auferlegt war, weil er die ihm vorgeschriebene Entstaubungsanlage nicht angebracht hatte, kam aber trotzdem der ihm zu-

gestellten Verfügung nicht nach. Daher ist er erneut zur Anzeige gebracht.

In einer großen Eisengießerei ist es bislang nicht gelungen, den beim Gießen durch das Verbrennen der Kerne entstehenden Eldunst in zweckentsprechender Weise so abzuführen, daß die Arbeiter und die Nachbarn nicht wie bisher belästigt werden. Da es undurchführbar ist, über jede Gießstelle eine Dunstabzugshaube anzubringen und den Dunst von dort einem hohen Schornsteine zuzuführen, kann eine Besserung der Verhältnisse nur durch die Verwendung eines anderen Kernbindemittels erhofft werden. Ein solches ist jedoch bislang nicht bekanntgeworden.

In den Betriebsteilen der Gasanstalten, welche zur Reinigung und Aufspeicherung des Leuchtgases dienen, sind in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen, die eine Verminderung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zur Folge gehabt haben, nicht eingeführt worden. Die Gefährdung der Arbeiter in diesen Betriebsteilen ist nicht besonders groß. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß lediglich in einem Gaswerke einmal ein Arbeiter beim Entleeren der Reinigungskästen unwohl geworden, nicht aber erkrankt ist. Dagegen sind die Gaserzeuger und die Ofenhauseinrichtungen seit Beginn dieses Jahrhunderts meist wesentlichen Veränderungen unterzogen worden, durch welche die Arbeit der Ofenleute wesentlich vereinfacht und erleichtert und ihre Gefährdung wesentlich vermindert worden ist. Früher wurde das Leuchtgas ausschließlich in liegenden Retorten erzeugt, die durch Einschaufeln der Kohlen von Hand gefüllt wurden. Die Arbeiter mußten die Kohlen von den im Freien liegenden Lagerplätzen auf Karren heranholen. Nach beendeter Vergasung wurde der Koks durch die Arbeiter mit langen Krücken aus den Retorten herausgezogen, im Ofenhaus selbst durch Bespritzen mit Wasser abgelöscht und dann wieder ins Freie gefahren. Trotzdem die Ofenhäuser meist hoch und geräumig waren, waren doch die Arbeiter der Einwirkung schädlicher Gase und des Kohlenstaubes ausgesetzt, besonders aber drohten ihnen Erkältungsgefahren infolge des ständigen abwechselnden Aufenthaltes vor den heißen Retorten und im Freien sowie infolge der häufigen starken körperlichen Anstrengungen. Eine gewisse Besserung trat zunächst dadurch ein, daß Lademulden eingeführt wurden, die an Hängebahnen oder auf Wagen vor die Retorten gebracht wurden. Dadurch wurde eine Abkürzung der Beschickungszeit erreicht. In einigen Gasanstalten wurden auch die Kohlen- und Koks-lagerplätze in geschlossenen Räumen unmittelbar neben den Ofenhäusern untergebracht, so daß die Ofenarbeiter sich nicht mehr ins Freie zu begeben brauchten. Eine weitere Vereinfachung brachte dann die Einführung der Lade- und Ausstoßmaschine. Die Retorten wurden auf der Vorder- und auf der Rückseite zum Öffnen eingerichtet. Das Füllen erfolgte nunmehr dadurch, daß die Kohle aus einem fahrbaren Kohlenbunker mit Schleuderkraft in die Retorten befördert wurde; beim Entleeren wurde der Koks durch einen Stempel aus der hinteren Öffnung herausgedrückt und hier in Korbkarren aufgefangen. Die Arbeiter brauchten bei diesem Verfahren nicht mehr unmittelbar vor den geöffneten Retorten zu arbeiten und sich dabei den hohen Temperaturen auszusetzen.

Jedoch waren sie beim Abfahren der glühenden Kofswagen noch immer längere Zeit starker Wärmestrahlung ausgesetzt, und beim Einschleudern der Kohlen traten erhebliche Rauchwolken auf, die allerdings meist schnell durch das Dach des Ofenhauses abzogen. Im zweiten Jahrzehnte des jetzigen Jahrhunderts wurde dann die Arbeit der Ofenhausarbeiter durch den Bau von stehenden Retorten grundlegend verändert. Bei diesen erfolgt sowohl das Einbringen der Kohle in die Retorten wie auch das Ausbringen und Fortschaffen des Kofses vollständig maschinell, so daß die Arbeiter nur noch selten der Einwirkung schädlicher Gase und hoher Temperaturen ausgesetzt sind. Das Füllen der stehenden Retorten geschieht aus Füllrumpfen, die über den Ofenblock angebracht sind. Die Arbeiter haben diese Füllrumpfe nur noch aus hochgelegenen, mechanisch beschickten Kohlenfilos durch Öffnen von Schiebern zu füllen, sie über die kurz vorher geöffneten Retorten zu fahren und durch Betätigung eines Schiebers in diese zu entleeren. Der beim Füllen der Retorte entstehende Rauch kann durch zweckmäßig ausgebildete Fanghauben an den Füllrumpfen abgeführt werden, so daß keine wesentliche Belästigung der Arbeiter auftritt. Entleert werden die Retorten dadurch, daß an ihrem unteren Ende befindliche Klappen geöffnet werden. Der glühende Kofs fällt dann entweder auf ein wasserberiezeltes, mechanisch bewegtes Transportband oder in Wagen, die durch Windvorrichtungen in einen besonderen Turm zum Ablöschen gezogen werden. Der Löschurm hat den Vorteil, daß die beim Auftreffen des Wassers auf den Kofs auftretenden Löschgase in ihm zurückgehalten und unmittelbar über Dach geführt werden. Nach dem Ablöschen wird der Kofs maschinell abtransportiert. Die schweren Klappen vor den unteren Retortenöffnungen sind auf Wellen aufgekittet und werden durch Drehung derselben geöffnet und geschlossen. Ihr Verschluss wird durch laschenähnliche Überhänge und exzentrisch anziehende Spannvorrichtungen gesichert. Vor einigen Jahren hat sich ein tödlicher Unfall dadurch ereignet, daß eine solche Klappe sich unvermutet öffnete und der unter ihr stehende Arbeiter von den niedergehenden Kofsmassen verbrannt wurde. Die Ursache des Unfalles war vermutlich darin zu suchen, daß die Arbeiter der vorhergehenden Schicht die Verschlussicherungen nicht richtig eingelegt hatten, wozu dann noch eine selbsttätige Drehbewegung der Welle, auf der die Klappe saß, hinzukam. Die Bewegung der Welle wurde damals durch Druckwasserstempel besorgt. Jetzt sind die hydraulischen Einrichtungen beseitigt, da sie einem übermäßigen Verschleiß unterworfen waren, wodurch, wie der erwähnte Unfall zeigt, die Betriebssicherheit Einbuße erleiden konnte. Die Klappen werden jetzt mit Hilfe einer Handfurbel, die durch Ketten- oder Zahnradüberetzungen mit den Klappenwellen in Verbindung steht, bewegt. Im Laufe der Zeit stellte sich als Nachteil bei den stehenden Retorten heraus, namentlich, wenn sie mit ungeeigneter, stark backender Kohle beschickt wurden, oder wenn ihre Wände sich etwas ausbeulten hatten, daß der Kofs beim Öffnen der unteren Klappen nicht ohne weiteres herausfiel, sondern erst mit langen Stangen von oben und unten losgestoßen werden mußte. Diese Stocherarbeiten sind sehr anstrengend und nicht ungefährlich für die Arbeiter, die namentlich beim

Nachstoßen von oben den entweichenden Gasen und großer Hitze ausgesetzt sind. Daher ist man neuerdings dazu übergegangen, je drei nebeneinanderliegende Retorten zu einer sich nach unten erweiternden Kammer zu vereinigen. Da die drei oberen Verschlüsse beibehalten sind, kann man den mittleren zum Einfüllen der Kohle und die beiden äußeren zum Ableiten des beim Füllen entstehenden Rauches verwenden, wodurch eine Rauchbelästigung der Arbeiter fast ganz vermieden wird. Die drei größten Gasanstalten des Landes arbeiten jetzt nach diesem Verfahren. Einige der kleineren Gasanstalten haben dagegen noch liegende Retorten mit Muldenbeschickung. Seit Einführung der stehenden Kammern und der gleichzeitigen Mechanisierung des Betriebes ist auch die Zahl der Ofenhausarbeiter wesentlich vermindert. Während ein Gaswerk früher an den liegenden Retorten 6 Arbeiter in zwölfstündigen Schichten beschäftigte, sind jetzt an den stehenden Kammern nur noch 4 Ofenhausarbeiter in zwei achtstündigen Schichten von 6 bis 2 Uhr morgens und abends tätig. Von 2 bis 6 Uhr morgens und nachmittags bleiben die Kammern ohne Wartung. Während im Jahre 1910 von den 6 Arbeitern in liegenden Retorten aus 3839 t Kohle 1 249 000 cbm Gas in 21 900 Arbeitsstunden erzeugt wurden, also jeder Arbeiter durchschnittlich 3650 Stunden im Jahre tätig war und in einer Arbeitsstunde aus 0,175 t Kohle 57 cbm Gas herstellte, hatten im Jahre 1925 die 4 Arbeiter nur 10 832 Stunden gearbeitet und aus 4054 t Kohle 1 313 510 cbm Gas erzeugt; jeder Arbeiter hatte also durchschnittlich nur 2708 Stunden im Jahre gearbeitet und in einer Arbeitsstunde aus 0,374 t Kohle 112 cbm Gas hergestellt. Die Zahl der Arbeitsstunden eines Arbeiters ist also um 25 Prozent gesunken, dagegen die durch einen Arbeiter erzeugte Gasmenge auf 214 Prozent gestiegen, trotzdem die Arbeit weniger anstrengend und in gesundheitlicher Beziehung einwandfreier geworden ist.

Zwei Krankenkassen, die viele weibliche Angestellte als Mitglieder haben, sind über gesundheitsschädliche Einflüsse des Maschinenschreibens befragt worden. Bislang ist ihnen nichts Besonderes aufgefallen, dagegen scheint die Arbeit an den immer mehr zur Einführung gelangenden Buchführungsmaschinen mindestens sehr anstrengend zu sein und ermüdend zu wirken. Eine weibliche Angestellte, welche täglich 8 Stunden bei einer einundeinhalbstündigen Mittagspause an einer Fakturenmaschine arbeitete und dabei Worte und Zahlen durch Bedienung der Tasten schrieb, während die Aufrechnung der Zahlen durch Druck auf bestimmte Tasten mit Hilfe motorischer Kraft erfolgte, erklärte auf Befragen, daß sie in den Nachmittagsstunden nicht mehr so sicher und schnell arbeiten könne, wie in den Vormittagsstunden. In einem anderen Betriebe werden drei ähnliche Maschinen benutzt. An diesen werden zusammen 4 weibliche Angestellte beschäftigt, so daß an einer Maschine eine Angestellte nur 3 Tage arbeitet und am vierten Tage abgelöst wird. Die abgelöste Angestellte hilft dann während des vierten Tages beim Aussuchen und Weglegen der auszufüllenden Kartothekarten, ist aber an diesem Tage an der Maschine selbst nicht tätig.

In einer Anlage zur Gewinnung von Zinkoxyd wurden die mit dem

Stopfen der Säcke beschäftigten Arbeiterinnen stark durch Staub belästigt, weil dieser aus den Säcken nicht hinlänglich entfernt war. Zwar war eine gut wirkende Sacklopf- und Bürstmaschine vorhanden, jedoch sorgte der Vorarbeiter nicht dafür, daß sie für jeden Sack benutzt wurde.

In dem gleichen Betriebe hat sich nach den Angaben der Betriebsleitung bei der Belegschaft nach dem Bekanntwerden des Gesetzes über die Einbeziehung einer Anzahl gewerblicher Erkrankungen in die Unfallversicherung eine gewisse Unruhe bemerkbar gemacht. Viele Arbeiter des Betriebs glaubten zunächst, an Bleivergiftung erkrankt zu sein. Die Werkleitung sah sich daher veranlaßt, sämtliche Arbeiter, die sich berußkrank fühlten, zur Untersuchung durch eine aus zwei Kreisärzten und dem Werkarzte bestehende Kommission aufzufordern. Ungefähr 80 Arbeiter, das sind etwa 12 % der Belegschaft, fanden sich zu der Untersuchung ein; von diesen waren etwa 75 % in Betriebsabteilungen beschäftigt, in denen sie mit Zinkoxyd in Berührung kommen. Bei einigen der Untersuchten war ein Bleisaum vorhanden, der aber nach Ansicht der Ärzte und des als Obergutachter noch hinzugezogenen Leiters einer medizinischen Universitätsklinik nicht als Zeichen einer allgemeinen Bleivergiftung, sondern nur als lokale Erscheinung anzusehen war. Bei keinem der Untersuchten, die teilweise schon 10 bis 12 Jahre mit Zinkoxyd gearbeitet hatten, sind sonstige Erscheinungen der Bleikrankheit, wie Kolik oder nervöse Störungen festgestellt. Der Gesundheitszustand der Arbeiter wurde im allgemeinen von den Ärzten als gut bezeichnet. Trotzdem klagten auch jetzt noch einzelne Arbeiter über eine Einwirkung des Zinkoxydes auf ihren Körper. Sie gaben an, daß sie ähnlich wie die Messinggießer beim sogenannten Gießfieber an Schwächeanfällen und Schweißausbrüchen litten, die sich allerdings meist schnell wieder verlören. Eine eingehende Nachprüfung dieser Angaben durch Fachärzte erscheint wünschenswert.

Die Betriebskrankenkasse des gleichen Werkes zahlt bei Erwerbsunfähigkeit eines Mitgliedes 60 % des Lohnes als Krankengeld. Bei Krankenhausbehandlung eines Kassenangehörigen erhält dessen Familie das volle Krankengeld als Hausgeld. Um der Gefahr, daß die Erkrankten nach ihrer Wiederherstellung nicht rechtzeitig die Arbeit wiederaufnehmen, zu begegnen, werden die Kranken täglich am schwarzen Brett zur Kenntnis der Mitglieder gebracht. Ferner ist ein Vertrauensarzt eingesetzt, dem die Kranken zur Nachuntersuchung zugewiesen werden. Einmal sind 10 Arbeiter zum Vertrauensarzte geschickt, von denen 9 erwerbsfähig geschrieben wurden, und als ein anderes Mal 9 Arbeiter zum Vertrauensarzte bestellt waren, meldeten sich von diesen am folgenden Tage 8 zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Daß Arbeiterinnen oft nicht wagen, dem Gewerbeaufsichtsbeamten offen ihre Ansicht zu sagen, zeigte sich bei der Revision eines Betriebes, in dem einige Arbeiterinnen fast dauernd nur leichte Arbeiten im Sitzen zu verrichten hatten. Auf die Frage, ob es ihnen nicht angenehmer wäre, wenn ihre Sitzgelegenheiten mit Rückenlehnen versehen wären, gaben sämtliche Arbeiterinnen an, sie hätten kein Bedürfnis, sich anzulehnen. Als aber der Betriebsleiter ihnen zuredete, frei ihre Ansicht zu sagen, er-

klärte zunächst eine Arbeiterin, daß sie lieber auf Sitzen mit Rückenlehnen säße, und die anderen stimmten ihr dann zu.

Eine große Weberei hat eine zweckmäßige Badeanstalt errichtet, die außer einer Anzahl von Brausen auch 4 Wannenbäder enthält. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen sind besondere Tage für die Benutzung der Anstalt bestimmt. Sie wird zwar regelmäßig, aber fast immer nur von denselben, nicht sehr zahlreichen Personen benutzt. Auch in einem Sägewerke, welches unlängst eine besondere Wascheinrichtung hergerichtet hatte, erklärte der Meister, daß die Arbeiter sich im Betriebe nur dann wünschen, wenn sie besonders schmutzige Arbeiten hätten ausführen müssen.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Die ungünstige Wirtschaftslage im Betriebsjahre wirkte sich dahin aus, daß die Arbeitnehmer sich in verschiedenen Gewerbegruppen Lohnkürzungen gefallen lassen mußten. In der Konservenindustrie sind z. B. die Stundenlöhne um 4 bzw. 2 Rpf. gekürzt worden. Ein großes Werk der chemischen Industrie senkte im April seine Löhne um etwa 5 %. In einem größeren Steinbruchbetriebe wurden nach erfolgtem Besitzwechsel die Akkordlöhne für Pflastersteinschläger von 10 bzw. 7,8 Rpf. auf 4,8 Rpf. herabgesetzt. Da die Arbeiter bei diesem Lohne nur etwa 4,80 *RM* täglich verdienen, gaben sie einer nach dem anderen die Arbeit auf.

Auch die Heimarbeiterlöhne haben zum Teil eine Verminderung erfahren. Das gilt besonders für die in der Kleider- und Wäschekonfektion beschäftigten Arbeiterinnen, deren Zahl und Angebot erheblich ist. Die höchsten Löhne, etwa 45 bis 50 Rpf. in der Stunde, erzielten die mit dem Nähen von Mützen, Ledersportartikeln, Lampenschirmen u. dgl. beschäftigten Heimarbeiterinnen.

Die kleinen Handwerker in den Dörfern klagten bei den Revisionen häufig über den hohen Steuerdruck. Auch unter der hohen Arbeitslosenzahl hatten die kleinen Gewerbetreibenden in manchen Orten zu leiden. Namentlich klagten Bäcker darüber, daß die Arbeitslosen viel anschreiben ließen. Sie klagten aber auch darüber, daß auch manche Landwirte nicht im Besitze genügender Varmittel seien, so daß sie mit Korn statt mit barem Gelde zu bezahlen suchten. Andererseits ist aber auch wieder beobachtet worden, daß trotz der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse das Geld für unnötige Genußmittel ausgegeben ist. So hat z. B. ein Arbeitsloser seine ihm zustehende und nur in Waren abzuhebende Dividende aus dem Werkskonsumvereine im Betrage von 58 *RM* lediglich zum Bezuge von Schokolade und von süßen Schnäpsen verwendet. Vier andere Arbeiter sollen ähnlich gehandelt haben.

In den Handwerksbetrieben ist noch mehrfach beobachtet worden, daß zwei Lehrlinge oder Gesellen in einem Bette schlafen müssen. Die Betriebsinhaber waren auf Vorhalt nicht immer geneigt, Abhilfe zu schaffen, weil auch ihre Familienangehörigen zu mehreren in einem Bette schlafen müßten.

Weibliche Personen, welche im Sanitätswesen ausgebildet sind und die erste Hilfeleistung bei Unfällen sowie die Fürsorge schwangerer Arbeiterinnen zu versehen haben, sind im allgemeinen in den Betrieben mit weiblichem Personal nicht angetroffen. In einer Spinnerei ist allerdings eine Arbeiterin als Samariterin für solche Zwecke ausgebildet. Sie wird aber auch mit der Kontrolle der Kranken für die Betriebskrankenkasse beschäftigt, so daß sie sich fast ständig außerhalb des Betriebes aufhält und für die Hilfeleistung bei erkrankten Arbeiterinnen kaum Zeit hat. Daher übt auch hier, wie in vielen anderen Fällen, der Pförtner, ein gelernter Samariter, die erste Hilfe bei erkrankten oder verletzten Personen beiderlei Geschlechtes aus. Nur in einer Seifenfabrik, in der überwiegend Arbeiterinnen beschäftigt werden, ist einer Chemikerin neben ihrer eigentlichen Tätigkeit auch die Fürsorge für Verletzte und Kranke übertragen worden.

Auf Beschluß des Landtages sind für das Geschäftsjahr 1926/27 15 000 *R.M.* zur Fürsorge für schwangere Textilarbeiterinnen bereitgestellt worden. Aus dieser Summe sollten den Arbeiterinnen Beihilfen neben dem eigentlichen Wochengelde gezahlt werden, um ihnen zu ermöglichen, die Arbeit bereits vier Wochen vor der Niederkunft einzustellen. Die Arbeiterinnen erhielten nach der Aufgabe der Arbeit für jeden Tag 1,50 *R.M.* bis zum Höchstbetrage von 42 *R.M.* Der geringste Satz betrug 20 *R.M.* und wurde auch an solche Arbeiterinnen gezahlt, die bis zum letzten Tage vor der Entbindung gearbeitet hatten.

In den meisten Tarifverträgen ist vereinbart, daß den Arbeitnehmern jährlich ein bestimmter Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren ist. Für Arbeiter beträgt dieser Urlaub in der Regel nach einjähriger Beschäftigungsdauer 3 bis 4 Tage und steigt nach längerer Beschäftigungszeit meist auf 8 bis 12 Tage. In der Kalk- und Zementindustrie erhalten z. B. die Arbeiter nach einem Jahre 4, nach 10 Jahren 9 Tage Urlaub. Die Glasfacharbeiter haben schon nach fünfjähriger Beschäftigung den Höchstsatz des Urlaubes erreicht, der allerdings nur 6 Tage beträgt. In der Braunschweiger Metallindustrie erhält der Arbeiter nach einem Jahre 6 Tage, nach 5 Jahren 7 Tage und nach 10 Jahren 8 Tage Urlaub. Die Buchdrucker sowie die Holzarbeiter im Bezirke Niedersachsen haben schon nach halbjähriger Beschäftigung Anspruch auf 3 Tage Urlaub, die Höchstdauer des Urlaubs beträgt bei den Buchdruckern nach einer Beschäftigung von $5\frac{3}{4}$ Jahren in kleinen Orten 10, in größeren Orten 12 Tage, während im Holzgewerbe der Höchstatz von 7 Tagen nach $4\frac{1}{2}$ jähriger Beschäftigung erreicht ist.

Sehr oft ist in den Tarifverträgen die Urlaubsfrage für die jugendlichen Arbeiter nicht besonders geregelt. Ihnen steht, soweit die tariflichen Bestimmungen über den Urlaub sich nicht ausdrücklich nur auf die erwachsenen Arbeiter beziehen, somit derselbe Urlaub zu, wie den übrigen Arbeitern. In der Kalk- und Zementindustrie wird jedoch die Beschäftigung bis zum vollendeten 17. Lebensjahre nur bis zur Dauer eines Jahres angerechnet. Im Holzgewerbe des Bezirkes Niedersachsen dauert der jährliche Urlaub aller unter 17 Jahre alten Arbeiter nach halbjähriger Beschäftigung 3 Tage; sobald die Arbeiter 17 Jahre alt sind,

richtet sich die Urlaubsdauer nach den allgemeinen Bestimmungen, die Beschäftigung vor dem 17. Lebensjahre wird dabei nicht berücksichtigt. Besondere Urlaubsbestimmungen für Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter sind nur in wenig Tarifverträgen enthalten. Im Steindruckgewerbe erhalten sie nach einjähriger Tätigkeit einen Urlaub von 4 Tagen. Die Lehrlingszeit wird den Gehilfen bei Berechnung ihrer Urlaubsdauer mit einem Jahre dann angerechnet, wenn sie bei ihrer Lehrfirma geblieben sind. Im deutschen Buchdruckertarife sind Bestimmungen enthalten, welche auf die besondere Erholungsbedürftigkeit der noch in der körperlichen Entwicklung stehenden Lehrlinge Rücksicht nehmen. Nach diesen erhalten die Lehrlinge im ersten Lehrjahre 9 Tage Urlaub, im zweiten 8 Tage, im dritten 7 Tage und im vierten Lehrjahre 6 Tage. Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit hat der junge Gehilfe nur noch 5 Tage Urlaub.

Im Bankgewerbe erhalten die Angestellten in den ersten drei Berufsjahren einen Urlaub von je 12 Tagen, vom 4. bis 12. Jahre erhöht er sich auf 18 und später auf 21 Tage. Die Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 6 Tage und im zweiten und dritten Lehrjahre je 9 Tage Urlaub. Im übrigen Handelsgewerbe scheint ein Urlaub für die Lehrlinge bislang nicht üblich zu sein. In einer Kreisstadt erhält das kaufmännische Personal einer kleinen Metallwarenfabrik, darunter auch ein Lehrling unter 16 Jahren, alljährlich einen bezahlten Urlaub von 14 Tagen.

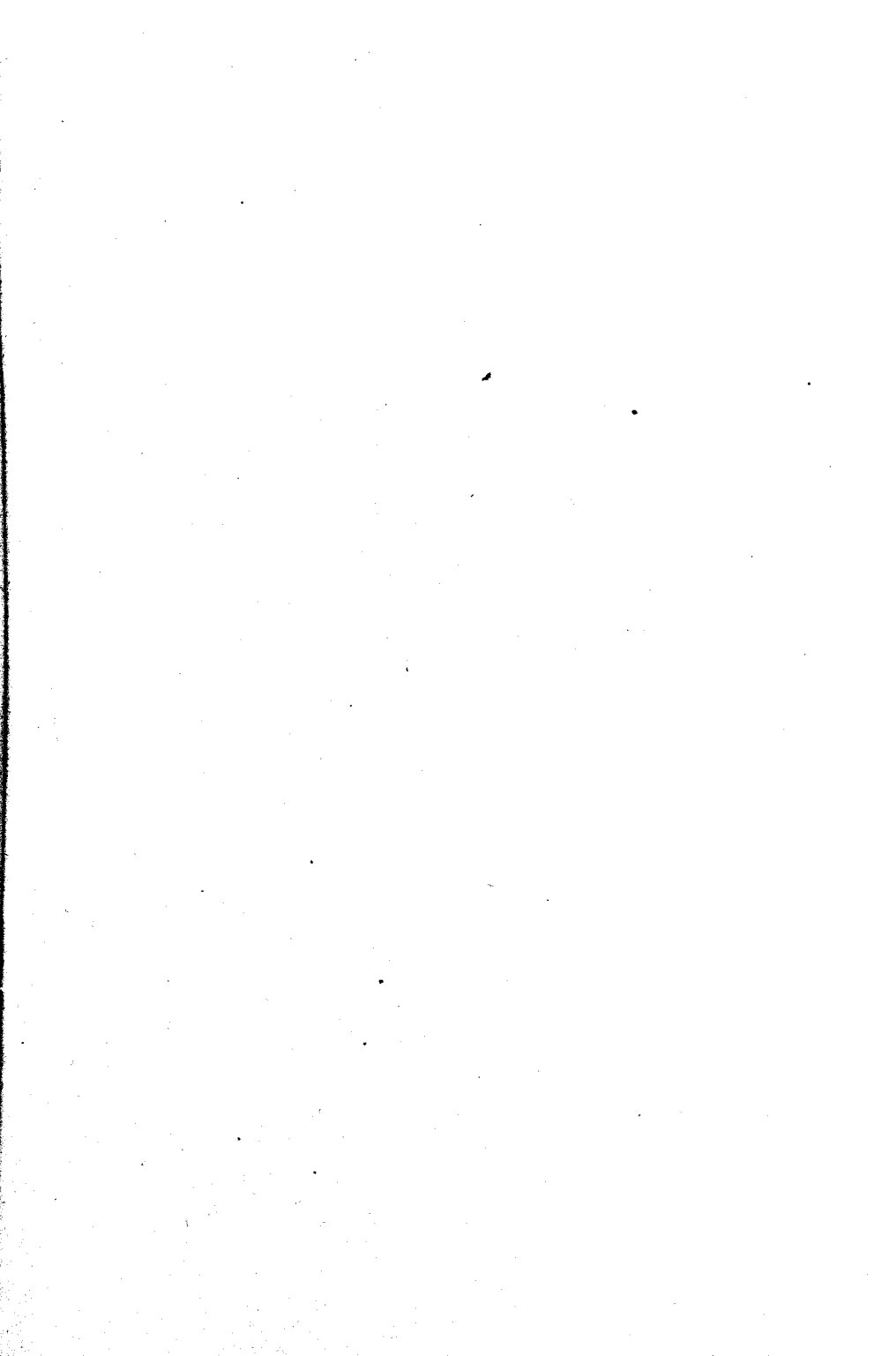
Soweit für die gewerblichen Betriebe keine Tarifverträge abgeschlossen sind, erhalten auch in diesen die jugendlichen Arbeiter oft keinen Urlaub. Vor allem werden die in den ländlichen Handwerksbetrieben beschäftigten Lehrlinge schwerlich regelmäßig Urlaub erhalten.

Braunschweig, den 28. Februar 1927.

Gewerbeaufsichtsamt.

Gerloff,

Landesgewerberat.



Besichtigungen gewerblicher Anlagen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Gesamtzahl der Be- sichtigungen	Darunter Besichtigungen	
			in der Nacht	an Sonn- und Festtagen
1	2	3	4	5
I	Gärtnerei und Tierzucht (mit Aus- nahme der Landwirtschaft) . .	5		
II	Hochseefischerei			
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei			
IV	Industrie der Steine und Erden . .	332	1	
V	Eisen- und Metallgewinnung . .	36	2	
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	602	6	
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau	204	2	1
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik	41		
IX	Chemische Industrie	68	4	
X	Textilindustrie	38		
XI	Papierindustrie u. Diversifikations- gewerbe	155	3	
XII	Leber- und Linoleumindustrie . .	21		
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie	11	1	
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	721		
XV	Musikinstrumenten- und Spielwaren- industrie	8		
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2127	305	100
XVII	Bekleidungsindustrie	533		
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bauneben- gewerbe)	187		
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winnung und -versorgung	39		
XX	Handelsgewerbe	745	27	15
XXI	Versicherungswesen	5		
XXII	Verkehrswesen	13		
XXIII	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	124		
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schau- stellungsgewerbe, einschl. Filmauf- nahmen	4	1	
XXV	Gewerblicher Unterricht			
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Ge- werbe	26		3
	Sonstiges	15		
Zusammen:		6060	352	119

Tafel I.

und Unfalluntersuchungen.

Zahl der einmal zweimal drei- oder mehrmals betheiligten Anlagen			Unfall- unter- suchungen	Bemerkungen
6	7	8	9	10
5	.	.	.	
266	25	5	33	
26	2	2	9	
518	27	9	68	
144	22	5	50	
35	3	.	4	
35	9	5	12	
16	7	2	16	
89	30	2	6	
19	1	.	.	
5	3	.	.	
651	30	3	31	
3	1	1	1	
1702	134	38	9	
478	26	1	.	
161	10	2	4	
35	2	.	.	
650	40	5	1	
5	.	.	.	
11	1	.	.	
110	7	.	1	
4	.	.	.	
20	3	.	.	
15	.	.	.	
5003	383	80	245	

Zahl der Arbeitnehmer in den großen Betrieben (mit 50

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	äquivalente unter 14 Jahren	über 18 Jahre	von 14-16 Jah- ren	äquivalente unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hinzu- gegr. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
I	Gärtnerei und Tierzucht										
	1. Gärtnerei (mit Ausnahme der Landwirtschaft)
	2. Nichtlandwirtschaftliche Tier- zucht (einschl. Bienenzucht)
II	Hochseefischerei
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei										
	1. Gewinnung von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks
	2. Gewinnung von Braunkohlen und Braunkohlenbriketts
	3. Gewinnung von Erzen
	4. Salzbergbau
	5. Salinenwesen
	6. Gewinnung von Erdöl
	7. Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein
	8. Torfgräberei und Torfaufbe- reitung
	9. Gewinnung v. Graphit, Asphalt und bituminösen Gesteinen	2	2	256	4	.	1	.	.	261	261
IV	Industrie der Steine und Erden										
	1/2. Gewinnung und grobe Bear- beitung von natürlichen Ge- steinen (einschl. Ruhmineralien)	8	1	1162	4	1166	56
	3. Feine Steinbearbeitung
	4. Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin
	5. Kalk-, Gips-, Traß- und Ze- mentindustrie	8	1	703	8	711	51
	6. Betonwaren- und Betonwerk- steinindustrie	1	1	60	60	60
	7. Ziegelindustrie und Herstellung sonst. künstl. Mauersteine	8	.	548	4	.	54	.	.	606	.
	8/9. Grobkeramische Industrie (so- weit nicht unter 7)	2	.	294	12	1	177	9	1	494	.
	10. Feinkeramische Industrie
	11. Glasindustrie (ausg. Herstel- lung von Instrumenten und Spielwaren aus Glas)	5	.	799	39	.	79	7	.	924	.

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

und mehr Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II A.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen						
männlich				weiblich				zusammen		in den beschäftigten Betrieben						
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-lasse-ne unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-lasse-ne unter 14 Jahren	über-haupt	darunter in den Be-richts-jahr neu hinzuge-kommenen Be-trieben*	über-haupt	darunter in den im Be-richts-jahr neu hinzuge-kommenen Be-trieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Beschäftigten	in den beschäftigten Betrieben				
												Arbeiter		Angestellte		Arbeit-nehmer ins-gesamt
												männ-lich	weib-lich	männ-lich	weib-lich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
.
.
.
.
.
.
.
.
.
19	1	20	20	281	281	6	2	260	1	20	.	281
11	.	.	1	.	.	12	7	1178	63	11	8	1166	.	11	1	1178
.
44	.	.	5	.	.	49	4	760	55	12	8	711	.	44	5	760
3	3	3	63	63	1	1	60	.	3	.	63
15	1	.	1	.	.	17	.	623	.	11	8	552	54	16	1	623
34	2	.	4	.	.	40	.	534	.	3	2	307	187	36	4	534
59	1	.	7	.	.	67	.	991	.	8	5	838	86	60	7	991

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
V	Eisen- und Metallgewinnung										
	1. Grobbleiindustrie	1	.	153	1	.	2	.	.	156	.
	2. Metallhütten und Metallhalb- zeugwerke (einschließlich Me- tallgießereien)	5	.	1650	21	.	22	.	.	1693	.
	3. Eisen-, Stahl- und Temper- gießereien (soweit nicht unter V, 1)	4	.	682	26	708	.
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren										
	1/2. Herstellung von Eisen- und Stahlwaren	12	3	1078	22	.	1505	7	.	2612	343
	3. Herstellung von Metallwaren (ausg. Eisen- u. Stahlwaren)	1	.	76	2	4	1	.	.	83	.
	4. Schmiederei
	5. Schlosserei
	6. Klempnerei, Gas- u. Wasser- installationsgewerbe
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau										
	1/2. Maschinenbau (auch mit Gie- ßerei)	17	.	4512	212	.	143	2	.	4869	.
	3. Kessel- und Apparatebau (auch mit Gießerei)	4	.	1116	38	.	16	1	.	1171	.
	4. Eisenbau (Eisenkonstruktion)
	5. Schiffbau (einschl. Schiffstessel- bau) u. Abwrackbetriebe
	6. Bau von Land- und Luft- fahrzeugen	4	.	1691	55	.	113	.	.	1859	.
	7. Eisenbahnwagenbau
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik										
	1. Elektrotechnische Industrie . .	1	.	88	.	.	2	.	.	90	.
	2. Feinmechanische und optische Industrie	3	.	311	45	.	102	1	.	459	.
IX	Chemische Industrie										
	1/2. Chemische Großindustrie, so- weit nicht besonders genannt
	3. Stickstoff- und Carbidindustrie

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in *Tafel II A* aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu gne- zugl. Betriebe *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	4/6. Destillation v. Steinkohlenteer, Braunkohlenteer, Velschiefer, Holz, Torf und Mineralöl
	7. Leerfarbenindustrie
	8/9. Herstellung von Farben und Farbwaren (ausg. Leerfarben) . . .	4	.	924	4	.	29	.	.	957	.
	10. Kunstdüngerindustrie (soweit nicht unter 3) einschl. Kadaververarbeitung und Fäkalienverwertung
	11. Industrie der Spreng- und Zündstoffe, Feuerwerkskörper und Zündwaren . . .	1	.	46	1	.	31	.	.	78	.
	12/16. Industrie chemisch-technischer Artikel der ätherischen Öle und Riechstoffe, Herstellung v. kosmetischen Präparaten, chemisch-pharmazeutische und photochemische Industrie . . .	2	1	102	.	.	14	.	.	116	56
	17/18. Leim- und Gelatineindustrie, Harz, Kitt, Firnis- und Lackindustrie
	19/21. Seifenindustrie, Stearin-, Wachs- und Kerzenindustrie . . .	2	.	136	3	.	31	.	.	170	.
	22. Herstellung v. Zellhorn-, Galalith u. ähnlichen Stoffen
	23. Dachpappenindustrie
	24. Industrie d. verdichteten Gase
	25. Glühstrumpfindustrie
X	Textilindustrie										
	1. Herstellung von Kunstseide
	2. Seidenindustrie (einschl. Verarbeitung v. reiner Kunstseide)
	3. Wollindustrie . . .	1	.	85	2	.	383	5	.	475	.
	4. Baumwollindustrie
	5. Wollfaserindustrie . . .	2	.	328	19	.	960	34	.	1341	.
	6. Teppich- u. Möbelfeststoffindustrie
	7. Posamentenherstellung, Bandweberei, -wirkerei und -flechterei, Gummweberei, -striderei und -wirkerei
	8. Wirkerei und Striderei

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter								
		über- haupt	darunter im Verzeich- niß neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen		
				über 18 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulen- tlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulen- tlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Verzeich- niß neu hin- zugef. Betrieben *	
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b	
XI	9. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, Häferei und Stiderei
	10. Textilveredelung und -aus- rüstung	1	.	563	.	.	284	.	.	847	.	
	11. Herstellung v. Seilen, Netzen, Bindfaden u. Textilriemen	1	1	25	.	.	22	.	.	47	47	
	12. Rohhaarverarbeitung	
	13. Filzherstellung	
	14. Wachs- und Ledertuchin- dustrie	
	15. Lumpenreiß- und -sortieran- stalten	
	16. Andere Zweige der Textil- industrie (Papiertextilien, Ty- pha u. dgl.)	
	Papierindustrie und Vervielfälti- gungsgewerbe	
	1. Papiererzeugung	5	1	361	13	.	41	.	.	415	61	
	2. Papierveredelung	
	3. Papierverarbeitung	1	.	53	1	.	110	2	.	166	.	
	4. Tapetenindustrie	
	5/6. Vervielfältigungsgewerbe, auch soweit mit Verlag verbunden	7	.	637	32	.	244	1	.	914	.	
	7. Photographisches Gewerbe (auschl. Filmaufnahme)	
	XII	Leder- und Linoleumindustrie
1. Herstellung von Leder		1	.	96	2	.	7	.	.	105	.	
2/3. Herstellung von Ledertreib- riemen und technischen Leder- artikeln sowie Sattlerwaren		
4/5. Herstellung von Kunstleder, Linoleum und Lintrasta		
XIII	Rautschulindustrie u. Abfettindustrie	
	1. Herstellung von Rautschul-, Guttapercha- u. Balatawaren	2	.	148	1	.	123	2	.	274	.	
	2. Herstellung von Abfettwaren	

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe										
	1. Säge- und Furnierwerke ein- schließl. Holztränkanstalten . .	4	1	260	10	.	8	.	.	278	68
	2. Herstellung von Holzbauten, Bauteilen und Möbeln (ein- schließl. Modelltischlerei)	3	.	168	10	.	1	.	.	179	.
	3/4. Herstellung von Holzwaren (einschl. Verpackungsmittel aus Holz)	5	.	852	44	.	30	.	.	926	.
	5. Stellmacherei und Holzwagen- bau (einschl. Karosseriebau u. Rinderwagenbau)
	6/7. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- u. Ruderbooten) u. von Stöden, Schirmen und Peitschen . .	1	.	131	1	132	.
	8. Herstellung von Blei- und Farbstiften (auch Federhaltern)
	9/10. Herstellung v. Kämmen und Haarschmud, von Bernstein-, Elfenbein-, Meerscham-, Horn-, Bein-, Perlmutter- waren und Waren aus ähn- lichen Stoffen
	11. Herstellung von Geflechten aus Holz, Stroh, Bast, Rohr, Weiden und Binsen
	12. Borstenverarbeitung und Her- stellung von Bürsten, Besen u. Pinselfn (auch Bürstenhölzern)
	13. Veredelung von Holz- und Schnitzwaren
	14/15. Korbschneiderei und Herste- lung von Holz- und Rorfmehl	1	.	15	5	.	44	9	.	73	.
XV	Musikinstrum. u. Spielwaren- industrie										
	1. Herstellung von Musikinstru- menten	2	.	625	6	.	5	.	.	636	.
	2. Herstellung von Spielwaren

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte									Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigten							
männlich			weiblich			zusammen			darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*		in den beschäftigten Betrieben		beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	überhaupt					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25		
27	1	.	4	.	.	32	8	310	76	4	4	270	8	28	4	310		
14	1	.	4	.	.	19	.	198	.	6	3	178	1	15	4	198		
39	4	.	4	.	.	47	.	973	.	5	5	896	30	43	4	973		
.
21	.	.	12	.	.	33	.	165	.	1	1	132	.	21	12	165		
.
.
.
11	.	.	2	.	.	13	.	86	.	2	1	20	53	11	2	86		
69	4	.	19	.	.	92	.	728	.	3	2	631	5	73	19	728		

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugek. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XVI	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe										
	1. Mühlenindustrie	1	.	92	92	.
	2/3. Bäckerei u. Backwarenindustrie sowie Teigwarenindustrie . . .	27	.	3764	2	.	298	.	.	4064	.
	4. Zuckerindustrie	4	.	79	2	.	255	5	.	341	.
	5. Kakaos-, Schokoladen-, Zucker- waren- u. Konfitürenindustrie . .	2	.	78	.	.	14	.	.	92	.
	6. Fleischerei	1	.	68	.	.	15	.	.	83	.
	7. Fischindustrie	1	.	72	1	.	3	.	.	76	.
	8. Molkerei, Butter- und Käse- herstellung	37	1	627	3	.	3783	33	.	4446	50
	9. Herstellung von pflanzlichen Ölen und Fetten, Margarine und Kunstspeisefett
	10. Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven (einschl. Mar- melade und Konfithonig)	2	.	42	16	.	24	.	.	82	.
	11. Stärkeindustrie u. Herstellung von Erfrischungsmitteln, Dörr- gemüse u. dgl.	3	.	317	.	.	59	.	.	376	.
	12. Rösterei und Kaffee-Er- zeugung
	13. Mälzerei und Brauerei
	14. Herstellung v. Wein, Brannt- wein, Mineralwasser u. dgl.
	15. Tabakindustrie
XVII	Bekleidungsgewerbe										
	1. Kleider- u. Wäscheherstellung und sonstige Näherei	6	2	129	3	.	375	7	.	514	78
	2. Rüsterei und Rauchwaren- zurichtung
	3/5. Hütnmacherei, Hutmacherei (einschl. Strohhutmacherei) u. Hutstoffherstellung sowie Fuß- macherei und Herstellung von Hutformen
	6. Herstellung von künstl. Blu- men und Früchten, Pufffedern und Perlensträngen

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter								
		über- haupt	darunter im Ver- trichs- jahr neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen		
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Vertrichs- jahr neu hin- zugef. Betrieben *	
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b	
XVIII	7/8. Herstellung von Korsetten und Leibbinden sowie von Kra- watten, Gürteln, Hosenträgern und Strumpfhaltern
	9. Handschuhmacherei (ausgen. Stoffhandschuhindustrie)
	10. Schuhmacherei und Schuhin- dustrie
	11. Zurichtung und Aufbereitung von Bettfedern und Pflanzen- daunen (Rapot)
	12. Perückenmacherei u. Menschen- haarverarbeitung
	13. Reinigung und Wiederauf- arbeitung v. Textilerzeugnissen	1	.	6	.	.	52	.	.	58	.	.
	Baugewerbe (einschl. der Bau- neben Gewerbe)											
XIX	1. Bauingenieur-, Architektur- u. Vermessungsbüros
	2. Bauunternehmungen u. Bau- handwerk	13	10	1248	52	1300	999	.
	3. Bauneben Gewerbe
	4. Schornsteinfegergewerbe und Reinigung von Gebäuden und Wohnungen
XX	Wasser-, Gas- und Elektrizitäts- gewinnung und -versorgung											
	1. Wassergewinnung und -versor- gung	1	1	79	79	79	.
	2. Gasgewinnung u. -versorgung	1	.	89	89	.	.
	3. Elektrizitätsgewinnung u. -ver- sorgung	2	.	164	1	.	1	.	.	166	.	.
XX	4. Fernheizwerke
	Handelsgewerbe											
	1. Großhandel, Ein- und Aus- fuhrhandel (ausgen. Buch- u. Tabakhandel)	2	.	91	.	.	13	.	.	104	.	.

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufgenommen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-las-sene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-las-sene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*					Arbeiter	Angestellte	Arbeitnehmer insgesamt			
männlich	weiblich	männlich	männlich	weiblich	männlich	männlich	weiblich					männlich	weiblich	männlich	weiblich		
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
.	
.	
.	
.	
1	.	.	3	.	.	4	.	62	.	1	1	6	52	1	3	62	
.	
48	3	.	16	1	.	68	49	1368	1048	7	4	384	.	12	1	397	
.	
.	
3	.	.	1	.	.	4	4	83	83	1	1	79	.	3	1	83	
4	4	.	93	.	1	1	89	.	4	.	93	
123	1	.	39	.	.	163	.	329	.	3	2	165	1	124	39	329	
.	
249	13	.	74	.	.	336	.	440	.	2	2	91	13	262	74	440	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		überhaupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in der im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	2. Einzelhandel (ausgen. Buch- und Tabakhandel)	6	2	61	2	.	171	.	.	234	46
	3/4. Verlagsgewerbe, Buchhandel (auch mit Kunsthandel)
	5. Handel mit Tabak und Tabakwaren
	6/7. Bank- und Börsenwesen (einschließlich des Immobilienhandels)	2	.	21	21	.
	8/14. Sonstige Zweige des Handelsgewerbes	1	.	19	.	.	5	.	.	24	.
XXI	Versicherungswesen
XXII	Verkehrsweisen	2	2	53	.	.	1	.	.	54	54
XXIII	Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	5	.	150	10	.	157	.	.	317	.
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe, einschl. Filmaufnahmen
XXV	Gewerblicher Unterricht
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe
	1/2. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, offene Krankenpflege und Rettungswesen
	3. Bade- und Schwimmanstalten und Massage
	4. Barbiergewerbe
	5. Veterinärwesen und Abbederei
	6/9. Apotheken, Desinfektionsanstalten und Schädlingsbekämpfung, Straßenreinigung, Kanalisation, Müllabfuhr u. Bedürfnisanstalten, Leichen- und Bestattungswesen
	Sonstiges
Zusammen		252	30	27 983	739	5	9810	125	1	38 663	2309

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufgenommen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen						
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Beschäftigten in den betriebl. Betrieben	in den betriebl. Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	männlich	weiblich	männlich	weiblich	25
235	6	.	526	13	.	780	258	1014	304	4	4	49	139	160	362	710
.
.
120	.	.	42	.	.	162	.	183	.	2	2	21	.	120	42	183
48	.	.	9	.	.	57	.	81	.	1	1	19	5	48	9	81
.
43	.	.	31	4	.	78	78	132	132	1	1	50	.	10	2	62
15	.	.	9	.	.	24	.	341	.	7	5	160	157	15	9	341
.
.
.
.
.
.
4548	80	.	1573	27	.	6228	519	44 891	2828	375	240	27 794	9903	4475	1374	43 546

Zahl der Arbeitnehmer in den mittleren Betrieben (mit 5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		überhaupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*	männlich			weiblich			zusammen	
				über 18 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 18 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben*
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
I	Gärtnererei und Tierzucht										
	1. Gärtnerei (mit Ausnahme der Landwirtschaft)	11	.	51	9	.	38	2	.	100	.
	2. Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht (einschl. Bienenzucht)
II	Hochseifsfabrik
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks
	2. Gewinnung von Braunkohlen und Braunkohlenbriketts
	3. Gewinnung von Erzen
	4. Salzbergbau
	5. Salinenwesen
	6. Gewinnung von Erdöl
	7. Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein
	8. Torfgräberei und Torfaufbereitung
	9. Gewinnung v. Graphit, Asphalt und bituminösen Gesteinen
IV	Industrie der Steine und Erden										
	1/2. Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen (einschl. Kugmineralien)	43	.	619	8	627	.
	3. Feine Steinbearbeitung	4	.	36	1	.	1	.	.	38	.
	4. Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	6	.	47	47	.
	5. Kalk-, Gips-, Traß- und Zementindustrie	23	.	517	3	.	2	.	.	522	.
	6. Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie	4	.	63	63	.
	7. Ziegelindustrie und Herstellung sonst. künstl. Mauersteine	29	.	623	7	.	3	1	.	634	.
	8/9. Grobkeramische Industrie (so weit nicht unter 7)	2	.	60	3	.	2	.	.	65	.
	10. Feinkeramische Industrie
	11. Glasindustrie (ausg. Herstellung von Instrumenten und Spielwaren aus Glas)	5	.	39	10	.	49	17	.	115	.

* Dies sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

bis 49 Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II B.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen						
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommene Betriebe*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommene Betriebe*					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt
männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
6	.	.	7	.	.	13	.	113	.	3	3	9	16	4	3	32
.
.
.
.
.
.
.
.
7	2	.	2	.	.	11	.	638	.	43	38	587	.	8	2	597
2	.	.	2	.	.	4	.	42	.	3	3	30	1	2	2	35
.	47	.	10	6	47	.	.	.	47
36	1	.	4	.	.	41	.	563	.	28	22	509	2	37	4	552
.	63	.	5	4	63	.	.	.	63
15	1	16	.	650	.	32	28	620	4	16	.	640
9	1	.	1	.	.	11	.	76	.	2	2	63	2	10	1	76
.
3	3	.	118	.	5	5	49	66	3	.	118

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben*
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
V	Eisen- und Metallgewinnung										
	1. Großeisenindustrie	1	.	15	2	17	.
	2. Metallhütten und Metallhalb- zeugwerke (einschließlich Me- tallgießereien)	5	.	63	9	72	.
	3. Eisen-, Stahl- und Temper- gießereien (soweit nicht unter V, 1)	3	.	64	4	.	3	.	.	71	.
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren										
	1/2. Herstellung von Eisen- und Stahlwaren	21	.	242	31	.	37	3	.	313	.
	3. Herstellung von Metallwaren (ausg. Eisen- u. Stahlwaren)	9	.	56	9	.	7	.	.	72	.
	4. Schmiederei	8	.	41	7	48	.
	5. Schlosserei	49	.	272	105	377	.
	6. Klempnerei, Gas- u. Wasser- installationsgewerbe	22	.	111	37	.	1	.	.	149	.
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau										
	1/2. Maschinenbau (auch mit Gie- ßerei)	46	.	651	138	.	1	.	.	790	.
	3. Kessel- und Apparatebau (auch mit Gießerei)	8	.	126	15	141	.
	4. Eisenbau (Eisenkonstruktion)	2	.	21	6	27	.
	5. Schiffbau (einschl. Schiffsfessel- bau) u. Abwradbetriebe
	6. Bau von Land- und Luft- fahrzeugen	31	.	213	56	.	14	2	.	285	.
	7. Eisenbahnwagenbau
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik										
	1. Elektrotechnische Industrie	26	.	176	47	.	28	1	.	252	.
	2. Feinmechanische und optische Industrie	7	.	37	11	48	.
IX	Chemische Industrie										
	1/2. Chemische Großindustrie, so- weit nicht besonders genannt	3	.	51	.	.	1	.	.	52	.
	3. Stickstoff- und Karbidindustrie

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	4/6. Destillation v. Steinkohlenteer, Braunkohlenteer, Delschiefer, Holz, Torf und Mineralöl . . .	1	.	2	.	.	7	.	.	9	.
	7. Teerfarbenindustrie . . .	1	.	26	.	.	1	.	.	27	.
	8/9. Herstellung von Farben und Farbwaren (ausg. Teerfarben) . .	3	.	12	.	.	7	1	.	20	.
	10. Kunstdüngerindustrie (soweit nicht unter 3) einschl. Kadaver- verarbeitung und Fäkalienver- wertung
	11. Industrie der Spreng- und Zündstoffe, Feuerwerkskörper und Zündwaren . . .	1	7	1	.	8	.
	12/16. Industrie chemisch-technischer Artikel, der ätherischen Öle und Riechstoffe, Herstellung v. kosmetischen Präparaten, che- misch-pharmazeutische und pho- tochemische Industrie . . .	5	.	9	.	.	21	.	.	30	.
	17/18. Leim- und Gelatineindustrie, Harz, Kitt, Firnis- und Lack- industrie . . .	2	.	15	.	.	10	.	.	25	.
	19/21. Seifenindustrie, Stearin-, Wachs- und Kerzenindustrie . .	7	.	70	.	.	35	.	.	105	.
	22. Herstellung v. Zellhorn, Ga- lalith u. ähnlichen Stoffen
	23. Dachpappenindustrie . . .	2	.	16	16	.
	24. Industrie d. verdichteten Gase .	2	.	18	18	.
	25. Glühstrumpfindustrie
	Textilindustrie										
X	1. Herstellung von Kunstseide
	2. Seidenindustrie (einschl. Ver- arbeitung v. reiner Kunstseide)
	3. Wollindustrie . . .	1	.	1	1	.
	4. Baumwollindustrie
	5. Bastfaserindustrie . . .	3	.	5	5	.	10	.	.	20	.
	6. Teppich- u. Möbelstoffindustrie
	7. Posamentenherstellung, Band- weberei, -wirkerei und -flech- tere, Gummiweberei, -striderei und -wirkerei . . .	1	.	2	.	.	4	.	.	6	.
	8. Wirkerei und Striderei

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung, gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	9. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, Häferei und Stiderei	2	16	1	.	17	.
	10. Textilveredelung und -aus- rüstung	1	.	7	.	.	8	.	.	15	.
	11. Herstellung v. Seilen, Rehen, Bindfaden u. Textilriemen . . .	1	.	3	.	.	6	.	.	9	.
	12. Korbhaarverarbeitung	1	.	3	.	.	10	.	.	13	.
	13. Filzherstellung	1	.	5	5	.
	14. Wachsdruck und Ledertuchin- dustrie	1	.	6	.	.	14	.	.	20	.
	15. Lumpenreiß- und -fortieran- stalten	1
	16. Andere Zweige der Textil- industrie (Papiertextilien, Ty- pha u. dgl.)
XI	Papierindustrie und Bervielfälti- gungsgewerbe										
	1. Papiererzeugung	15	.	283	.	.	50	4	.	337	.
	2. Papierveredelung	1	.	5	5	.
	3. Papierverarbeitung	13	.	52	4	.	163	11	2	232	.
	4. Tapetenindustrie
	5/6. Bervielfältigungsgewerbe, auch soweit mit Verlag verbunden . .	42	.	490	59	.	125	4	.	678	.
	7. Photographisches Gewerbe (ausschl. Filmaufnahme)
XII	Leder- und Linoleumindustrie										
	1. Herstellung von Leder	2	.	20	20	.
	2/3. Herstellung von Ledertreib- riemen und technischen Leder- artikeln sowie Sattlerwaren . .	6	.	32	6	.	4	.	.	42	.
	4/5. Herstellung von Kunstleder, Linoleum und Lintrusta
XIII	Kautschukindustrie u. Asbestindustrie										
	1. Herstellung von Kautschuk, Guttapercha- u. Balatawaren . .	3	.	24	.	.	4	.	.	28	.
	2. Herstellung von Asbestwaren . .	2	.	6	.	.	3	.	.	9	.

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen nachträgliche Ermittlung gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommene Betriebe *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	überhaupt						Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer ins- gesamt	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	26
1	.	.	2	.	.	3	.	20	.	2	2	.	17	1	2	20	
.	.	.	5	.	.	5	.	20	.	1	1	7	8	.	5	20	
1	.	.	1	.	.	2	.	11	.	1	1	3	6	1	1	11	
2	2	.	3	.	.	7	.	20	.	1	1	3	10	4	3	20	
.	.	.	1	.	.	1	.	6	.	1	1	5	.	.	1	6	
1	1	.	21	.	1	1	6	14	1	.	21	
.	
13	.	.	3	.	.	16	.	353	.	16	14	261	53	13	3	330	
2	1	.	1	.	.	4	.	9	.	1	1	5	.	3	1	9	
13	1	.	15	.	.	29	.	261	.	18	13	56	176	14	15	261	
.	
76	5	.	55	4	.	140	.	818	.	55	40	497	119	81	56	753	
.	
.	20	.	2	2	20	.	.	.	20	
7	.	.	7	.	.	14	.	56	.	5	5	30	.	7	4	41	
.	
2	.	.	5	.	.	7	.	35	.	3	3	24	4	2	5	35	
2	2	.	11	.	2	2	6	3	2	.	11	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe										
	1. Säge- und Furnierwerke ein- schließl. Holztränkanstalten . .	58	.	737	52	.	20	.	.	809	.
	2. Herstellung von Holzbauten, Bauteilen und Möbeln (ein- schließlich Modelltischlerei)	95	.	808	151	.	19	.	.	978	.
	3/4. Herstellung von Holzwaren (einschl. Verpackungsmittel aus Holz)	15	.	170	12	.	4	.	.	186	.
	5. Stellmacherei und Holzwagen- bau (einschl. Karosseriebau u. Rinderwagenbau)	8	.	49	8	.	4	.	.	61	.
	6/7. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- u. Ruderbooten) u. von Stöden, Schirmen und Peitschen . .	3	.	35	.	.	11	.	.	46	.
	8. Herstellung von Blei- und Farbstiften (auch Federhaltern)
	9/10. Herstellung v. Rämmen und Haarschmud, von Bernstein-, Elfenbein-, Meerscham-, Horn-, Bein-, Perlmutter- waren und Waren aus ähn- lichen Stoffen . .	1	.	1	.	.	3	.	.	4	.
	11. Herstellung von Geflechten aus Holz, Stroh, Bast, Rohr, Weiden und Binsen
	12. Borstenverarbeitung und Her- stellung von Bürsten, Besen u. Binseln (auch Bürstenhölzern)	2	.	4	.	.	4	.	.	8	.
	13. Veredelung von Holz- und Schnitzwaren
	14/15. Korbschneiderei und Herstel- lung von Holz- und Rorkmehl	1	.	9	.	.	4	.	.	13	.
XV	Musikinstrumenten- u. Spielwaren- industrie										
	1. Herstellung von Musikinstru- menten . .	2	.	42	7	1	.	.	.	50	.
	2. Herstellung von Spielwaren

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Bzahl der Beschäftigten	Bzahl der besichtigten Betriebe	in den besichtigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-lasse-ne unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-lasse-ne unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*					Arbeiter	Angestellte	Arbeitnehmer ins-gesamt			
männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	26
36	2	.	10	3	.	51	.	860	.	62	55	751	20	37	13	821	
39	3	.	23	.	.	65	.	1043	.	86	76	780	64	36	22	902	
17	1	.	1	.	.	19	.	205	.	15	14	176	4	18	1	199	
.	.	.	.	1	.	1	.	62	.	9	7	52	4	.	1	57	
1	.	.	9	.	.	10	.	56	.	2	2	6	11	.	9	26	
.	
1	.	.	1	.	.	2	.	6	.	1	1	1	3	1	1	6	
.	
.	.	.	4	3	.	7	.	15	.	3	2	4	4	.	7	15	
.	
.	.	.	1	.	.	1	.	14	.	1	1	9	4	.	1	14	
2	.	.	1	.	.	3	.	53	.	3	2	50	.	2	1	53	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hizu- gegr. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XVI	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe										
	1. Mühlenindustrie	12	.	109	4	.	7	.	.	120	.
	2/3. Bäckerei u. Backwarenindustrie sowie Teigwarenindustrie	41	.	223	35	.	47	7	.	312	.
	4. Zuckerindustrie	4	.	107	107	.
	5. Kakao-, Schokoladen-, Zucker- waren- u. Konfitürenindustrie	2	.	29	.	.	49	.	.	78	.
	6. Fleischerei	16	.	139	8	.	23	.	.	170	.
	7. Fischindustrie	1	.	6	.	.	2	.	.	8	.
	8. Molkerei, Butter- und Käse- herstellung	10	.	57	3	1	22	.	.	83	.
	9. Herstellung von pflanzlichen Ölen und Fetten, Margarine und Kunstpeisefett	1	.	5	5	.
	10. Herstellung von Obst- und Gemüseserven (einschl. Mar- melade und Konfitönig)	25	.	66	.	.	412	.	.	478	.
	11. Stärkeindustrie u. Herstellung von Ersatzlebensmitteln, Dörre- gemüse u. dgl.	4	.	36	.	.	7	.	.	43	.
	12. Kaffeerösterei und Kaffee-Er- zeugherstellung	3	.	22	.	.	7	.	.	29	.
	13. Mälzerei und Brauerei	9	.	135	2	.	17	.	.	154	.
	14. Herstellung v. Wein, Brannt- wein, Mineralwasser u. dgl.	11	.	78	1	.	36	.	.	115	.
	15. Tabakindustrie	13	.	110	6	.	64	4	.	184	.
XVII	Textilgewerbe										
	1. Kleider- u. Wäscheherstellung und sonstige Näherei	59	.	100	12	.	320	43	1	476	.
	2. Rüsterei und Rauchwaren- zucht	6	.	23	1	.	31	1	.	56	.
	3/5. Hütenmacherei, Hutmacherei (einschl. Strohhutmacherei) u. Hutstoffherstellung sowie Fuß- macherei und Herstellung von Hutformen	17	.	13	.	.	136	12	.	161	.
	6. Herstellung von künstl. Blu- men und Früchten, Pufffedern und Perlensträngen

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel 11A aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	identifizierte unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	identifizierte unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	7/8. Herstellung von Korsetten und Leibbinden sowie von Kra- watten, Gürteln, Hosenträgern und Strumpfhältern	2	.	3	.	.	21	.	.	24	.
	9. Handschuhmacherei (ausgen. Stoffhandschuhindustrie)
	10. Schuhmacherei und Schuhin- dustrie	9	.	35	2	.	7	1	.	45	.
	11. Zurichtung und Aufbereitung von Bettfedern und Pflanzen- daunen (Kapot)
	12. Perückenmacherei u. Menschen- haarverarbeitung
	13. Reinigung und Wiederauf- arbeitung v. Textilerzeugnissen	15	.	36	2	.	110	4	.	152	.
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bau- nebengewerbe)										
	1. Bauingenieur-, Architektur- u. Vermessungsbüros
	2. Bauunternehmungen u. Bau- handwerk	119	.	1608	164	1772	.
	3. Baunebengewerbe	61	.	444	95	.	1	.	.	540	.
	4. Schmornsteinseggewerbe und Reinigung von Gebäuden und Wohnungen	2	.	35	35	.
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitäts- gewinnung und -versorgung										
	1. Wassergewinnung und -versor- gung	1	.	20	20	.
	2. Gasgewinnung u. -versorgung	8	.	88	1	89	.
	3. Elektrizitätsgewinnung u. -ver- sorgung	8	.	119	1	120	.
	4. Fernheizwerke
XX	Handelsgewerbe										
	1. Großhandel, Ein- und Aus- fuhrhandel (ausgen. Buch- u. Tabakhandel)	39	.	186	5	.	28	1	.	220	.

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-entlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*					männlich	weiblich	männlich	weiblich	Arbeitnehmer insgesamt	
11	12	13	14	15	16	17 a	17 b	18 a	18 b	19	20	21	22	23	24	25	
2	2	.	26	.	2	2	3	21	2	.	26	
.	
.	.	.	4	.	.	4	.	49	.	5	5	17	8	.	4	29	
.	
.	
5	1	.	6	.	.	12	.	164	.	14	13	36	104	6	6	152	
.	
47	1	.	7	.	.	55	.	1827	.	62	50	772	.	13	2	787	
6	.	.	3	.	.	9	.	549	.	36	35	308	1	3	2	314	
3	.	.	1	.	.	4	.	39	.	1	1	29	.	3	1	33	
.	
31	2	.	1	.	.	34	.	20	.	1	1	20	.	.	.	20	
56	.	.	14	.	.	70	.	123	.	7	7	77	.	23	1	101	
.	190	.	8	8	120	.	56	14	190	
.	
329	10	.	103	5	.	447	.	667	.	45	36	184	24	312	93	613	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulen- lässige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulen- lässige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	2. Einzelhandel (ausgen. Buch- und Tabakhandel)	199	.	403	27	.	155	12	.	597	.
	3/4. Verlagsgewerbe, Buchhandel (auch mit Kunsthandel)	9	.	17	.	.	3	.	.	20	.
	5. Handel mit Tabak und Tabakwaren	2	.	3	2	5	.
	6/7. Bank- und Börsenwesen (einschließlich des Immobilienhandels)	36	.	5	1	6	.
	8/14. Sonstige Zweige des Handelsgewerbes	6	.	37	1	38	.
XXI	Versicherungswesen	5
XXII	Verkehrsweisen	7	.	64	1	65	.
XXIII	Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	132	.	561	42	.	808	2	.	1413	.
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schauspielergewerbe, einschl. Filmaufnahmen	20	.	105	31	.	50	.	.	186	.
XXV	Gewerblicher Unterricht
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe
	1/2. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, offene Krankenpflege und Rettungswesen
	3. Bade- und Schwimmanstalten und Massage
	4. Barbiergewerbe	20	.	54	14	.	68	11	.	147	.
	5. Veterinärwesen und Abbederei
	6/9. Apotheken, Desinfektionsanstalten und Schädlingsbekämpfung, Straßenreinigung, Ra- tionalisation, Müllabfuhr u. Be- dürfnisanstalten, Leichen- und Bestattungswesen
	Sonstiges	23	1	.	.	1	.
	Zusammen	1630	.	12 242	1283	2	3193	146	3	16 869	.

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel IIA aufgenommen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen								
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*					Arbeiter	Angestellte	männlich	weiblich	männlich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
698	65	.	787	85	.	1635	.	2232	.	172	161	341	156	630	766	1893	
27	1	.	70	1	.	99	.	119	.	6	6	13	1	19	62	95	
7	7	.	12	.	1	1	1	.	5	.	6	
315	5	.	98	5	.	423	.	429	.	41	31	5	.	281	96	382	
24	.	.	6	.	.	30	.	68	.	3	3	28	.	6	2	36	
42	1	.	14	.	.	57	.	57	.	4	4	.	.	40	11	51	
16	3	.	8	.	.	27	.	92	.	7	7	65	.	19	8	92	
34	.	.	24	.	.	58	.	1471	.	75	71	344	522	18	11	895	
150	.	.	52	.	.	202	.	388	.	4	4	15	11	12	5	43	
.	
.	
.	147	.	5	5	17	18	.	.	35	
.	
67	8	.	94	5	.	174	.	175	.	12	12	.	1	47	47	95	
2722	151	.	1740	128	.	4741	.	21 610	.	1462	1259	10 801	2849	2350	1569	17 569	

Tafel III.

Zahl der Arbeitnehmer in den mit 1 bis 4 Arbeitnehmern betriebenen kleinen Anlagen, in denen motorische Kraft benutzt wird oder für welche besondere Schutzvorschriften erlassen sind. Beschäftigungen dieser Betriebe.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Vorhandene			Beschäftigte			Be- fäch- tun- gen
		An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I	Gärtnerei und Tierzucht (mit Ausnahme der Landwirtschaft)	1	1
II	Hochseefischerei
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei
IV	Industrie der Steine und Erden	119	260	1	97	215	1	105
V	Eisen- und Metallgewinnung . .	8	19	.	6	14	.	6
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- u. Metallwaren	324	688	4	254	539	3	269
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	75	175	12	55	129	11	62
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	19	53	2	11	34	1	13
IX	Chemische Industrie	6	12	6	6	12	6	6
X	Textilindustrie	5	13	.	2	5	.	2
XI	Papierindustrie und Veredlungsgewerbe	39	107	4	27	74	4	30
XII	Leder- und Pinoleumindustrie . .	6	9	1	5	7	1	7
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie	5	10	2	3	6	2	3
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	537	1074	1	433	857	1	443
XV	Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1392	2362	48	1023	1746	27	1369
XVII	Bekleidungsgewerbe	342	690	11	260	534	11	271
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	209	428	3	76	168	.	78
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung .	18	34	1	14	24	.	15

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Vorhandene			Beschäftigte			Be- fäch- tun- gen
		An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
XX	Handelsgewerbe	23	40	3	9	16	1	9
XXI	Versicherungswesen
XXII	Verkehrswesen
XXIII	Gast- und Schankwirtschafts- gewerbe	168	356	7	28	80	1	29
XXIV	Theater, Musik, Sport- und Schaustellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen . .	3	7	3
XXV	Gewerblicher Unterricht
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	8	15	.	4	7	.	4
	Sonstiges
	Zusammen:	3307	6353	109	2313	4467	70	2721

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Arbeiter				
		Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Meldung usw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von			Kindern
			Erwachsenen männ- lich	weib- lich	Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	
1	2	3	4	5	6	7
I	Gärtnerei und Tierzucht (mit Aus- nahme der Landwirtschaft) . . .	1
II	Hochseefischerei
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei
IV	Industrie der Steine und Erden . .	129	23	2	10	1
V	Eisen- und Metallgewinnung . . .	5	4	.	.	.
VI	Herstellung von Eisen, Stahl- und Metallwaren . . .	155	123	6	14	.
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau . . .	26	10	3	3	1
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik . . .	4
IX	Chemische Industrie . . .	28	4	4	1	.
X	Textilindustrie . . .	3	.	1	.	.
XI	Papierindustrie u. Vervielfältigungs- gewerbe . . .	35	11	10	4	.
XII	Leder- und Linoleumindustrie . .	5	2	.	.	.
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie	3	1	2	.	.
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	188	106	8	33	.
XV	Musikinstrumenten- und Spielwaren- industrie . . .	1	.	.	.	1
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	231	147	51	28	3
XVII	Bekleidungsgewerbe . . .	94	2	45	24	2
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bauneben- gewerbe) . . .	22	9	.	3	.
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winnung und -versorgung . . .	1
XX	Handelsgewerbe . . .	72	20	19	1	.
XXI	Versicherungswesen
XXII	Verkehrswesen . . .	1
XXIII	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	12	1	1	.	.
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schau- stellungsgewerbe, einschl. Film- aufnahmen
XXV	Gewerblicher Unterricht
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Ge- werbe
	Sonstiges
Zusammen:		1016	463	153	121	8

Tafel IV.

über die Beschäftigung von Arbeitnehmern.

A n g e s t e l l t e					Anzahl der Anlagen, in welchen Zuwi- derhandlungen ermittelt worden sind	Anzahl der Personen, die wegen der im Berichtsjahre begangenen Zuwi- derhandlungen bestraft worden sind	Bestrafungen wegen Zu- wi- derhandlungen aus Vor- jahren	Schwe- bende Straf- ver- fahren
Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Meldung usw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von		Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	Kindern				
	Erwachsenen männ- lich	weib- lich						
8	9	10	11	12	13	14	15	16
.	1	.	.	.
.
6	3	3	1	.	88	1	.	.
1	3	.	.	.
4	3	2	1	.	165	5	.	2
7	2	1	1	.	29	.	.	.
4	1	.	.	.	6	1	1	.
10	1	1	.	.	18	.	.	.
1	1	1	.	.	5	.	.	.
7	4	4	.	.	33	2	.	1
.	3	.	.	.
8	4	3	.	.	4	.	.	.
.	176	5	.	2
.	1	1	.	.	2	.	.	.
14	8	4	2	.	263	34	21	5
1	.	4	.	.	77	2	2	.
1	1	.	.	.	25	.	.	.
1	2	.	.	.
52	39	35	11	.	99	16	.	1
.	1	.	.	.
.	5	1	.	.
.
.
.
.
117	68	59	16	.	1005	67	24	11

Jahresbericht

des

Bergrevierbeamten für das Jahr 1926, erstattet auf Grund seiner Tätigkeit als Gewerbeaufsichtsbeamter auf den der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Betrieben im Freistaate Brannschweig gemäß § 139 b der Gewerbeordnung.

(Hierzu 5 Tafeln.)

Im Aufichtsdienste sind Veränderungen nicht eingetreten.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen, Arbeiter und Angestellte.

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Im Braunkohlenbergbau begann sich die Zusammenlegung der Förderung aus den Tagebauen und den stillgelegten Tiefbaugruben auf nur wenige Tagebaubetriebe allmählich auszuwirken. Ein Teil der Belegschaften der stillgelegten Betriebe wurde nach Beendigung notwendiger Sicherungs- und Abbruchsarbeiten entlassen. Einige Bergleute, die die Altersgrenze erreicht hatten, konnten pensioniert werden. Aber auch die weiterbetriebenen Werke haben, sobald die Umstellung auf die neuen Verhältnisse durchgeführt war, Entlassungen vorgenommen. Die allgemeine fortschreitende Mechanisierung ist für diese Maßnahmen nicht unerheblich mit ausschlaggebend gewesen. Wenn auch einzelne Neben- und Hilfsbetriebe infolge ihres umfangreicheren Aufgabenkreises die Zahl ihrer Arbeiter vergrößern konnten, so ergibt sich doch für den Braunkohlenbergbau allgemein im Berichtsjahre eine Verminderung der Gesamtbelegschaft.

Eine entgegengesetzte Entwicklung hat sich im Salzbergbau vollzogen. Zwei Werke, die früher hauptsächlich kalifördernd waren, hatten, nachdem sie sich völlig auf Steinsalzförderung umgestellt hatten — ein Werk erst zu Beginn des Berichtsjahres — ihre Belegschaften stark herabsetzen

müssen. Sie konnten diese aber infolge des verhältnismäßig guten Steinsalzabfahes im Laufe des Jahres allmählich wieder auffüllen.

Nicht einheitlich lagen die Verhältnisse im Eisenerzbergbau. Eine große Gesellschaft hat die Zahl ihrer Arbeitnehmer unvermindert gelassen, obgleich bei der zeitweise und besonders zu Anfang des Jahres sehr ungünstigen Wirtschaftslage von den mit Erzen zu versorgenden fünf Hochöfen des zugehörigen Hüttenwerkes nur zwei im Betriebe gehalten werden konnten. Sie brauchte deshalb, als im Spätherbste eine Besserung der Marktlage eintrat, keine Neueinstellungen vorzunehmen. Zwei andere Werke, die gegen Ende des Vorjahres nach Abschluß von Arbeitsstreitigkeiten mit nur geringen Belegschaften arbeiteten, haben diese im Laufe des Jahres wieder bis aufs Doppelte, d. h. bis etwa auf den früheren Stand vergrößert. Dagegen blieben zwei Betriebe, die im Vorjahre wegen schlechter Marktlage und mangelnder Konkurrenzfähigkeit stillgelegt, deren Belegschaften aber statistisch mit erfaßt wurden, während des ganzen Berichtsjahres noch eingestellt. Ihre Wiederinbetriebsetzung steht zu erwarten, sobald ein Hochofenwerk zur Verhüttung ihrer Erze an Ort und Stelle entstanden sein wird, mit dessen Errichtung in diesem Jahre begonnen werden soll. Es ergibt sich somit das Bild, daß auch im Erzbergbau die Gesamtbelegschaft um geringes zurückgegangen ist.

In den übrigen Bergbauzweigen hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeitnehmer ebenfalls nicht verbessert. Einige kleinere Betriebe mußten der ungünstigen Wirtschaftslage wegen stillgelegt werden.

Die Durchschnittszahl der ständig beschäftigten Arbeitnehmer betrug 4010 einschließlich 304 Angestellten gegenüber 4486 einschließlich 286 Angestellten im Jahre 1925. Davon waren im Braunkohlenbergbau 2475 (1925 : 2793), im Salzbergbau 653 (647), im Eisenerzbergbau 570 (687) und in den übrigen Bergbauzweigen 312 (359) Arbeitnehmer beschäftigt. In diesen Zahlen sind 61 Arbeiterinnen (1925 : 60) und 11 jugendliche Arbeiter (1925 : 19) einbegriffen. Einige der in den Tafeln II A, II B und III berücksichtigten Werke waren nur während einzelner Monate des Jahres im Betriebe. Bei diesen wurde unter sinngemäßer Anwendung der Anleitung zur Ausfüllung der Tafeln nicht der Jahresdurchschnitt, sondern der Durchschnitt während der tatsächlichen Betriebsmonate zugrunde gelegt. Es handelt sich um nur insgesamt 28 Arbeitnehmer, die bei Tiefbohrungen auf Sole, Erdöl und Bitumen, Untersuchungs- und Aufschlußarbeiten beschäftigt wurden.

Auf sämtlichen Werken zusammen waren nur 15 legitimierungspflichtige ausländische Arbeiter beschäftigt. Der Bergrevierbeamte wirkte in seiner Eigenschaft als für den Ort der Beschäftigung zuständige Ortspolizeibehörde bei deren Legitimierung mit.

Die Tätigkeit der Arbeitnehmervertretungen hat sich dem Vorjahre gegenüber nicht verändert. Im ganzen ist in 166 Fällen mit den Betriebsräten reibungslos zusammen gearbeitet worden. Den gegebenen Richtlinien entsprechend erstreckte sich hierbei die Tätigkeit der Betriebs-

räte auf Teilnahme an den Befahrungen der Tagesanlagen und Grubenbetriebe sowie den amtlichen Unfalluntersuchungen, vor allem und zwar in jedem Falle bei schweren und tödlichen Unfällen, des weiteren auf Mitwirkung bei den außerordentlichen Revisionen der Seilfahrteinrichtungen und den regelmäßig entsprechend § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes vorgenommenen Besprechungen zum Zwecke der Verhütung und Bekämpfung von Unfalls- und Gesundheitsgefahren. Es konnte bei diesen fast durchweg festgestellt werden, daß im Falle des Vorliegens irgendwelcher Gefahrenquellen oder Mängel bei Betriebseinrichtungen eine Benachrichtigung der Werkleitung durch den Betriebsrat genügt hatte, ihre Abstellung sofort herbeizuführen. Die Betriebsräte versicherten zudem stets noch, daß sie nur selten und auch nur wegen geringfügiger Mängel Veranlassung hierzu gehabt hätten. Im allgemeinen muß betont werden, daß das Verhältnis zwischen Werkleitungen und Betriebsräten gut war.

Durch Schiedsspruch vom 10. Februar 1926 erfuhr der allgemeine Tarifvertrag für die Kaliindustrie vom 1. Juni 1922 eine Änderung, deren wesentlichster Punkt eine Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden brachte.

Im übrigen haben sich die verschiedenen Lohntafeln im Sinne einer Lohnerhöhung geändert.

Der erforderlich gewordene Neudruck einzelner Arbeitsordnungen gab Veranlassung, diese einer Neubearbeitung zu unterziehen.

Bestrafungen nach der Arbeitsordnung mußten in einigen Fällen durch die Werkleitungen verhängt werden; die Strafhöhe beschränkte sich jedoch stets auf nur geringe Summen.

Arbeitsstreitigkeiten über Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung sind nur auf den Asphaltkalkbergwerken offensichtlich in Erscheinung getreten. In den übrigen bergbaulichen Industriezweigen fanden tarifvertragliche Vereinbarungen statt, durch die Änderungen in den Manteltarifen und den Lohntafeln herbeigeführt wurden. Auf den Asphaltkalkgruben versuchte ein Arbeitgeber, eine Änderung in der Entlohnung, der Arbeitszeit der Übertagearbeiter und in der Versorgung mit Karbidlampen und Karbid herbeizuführen, und stieß hierbei auf Widerstand der Arbeitnehmer und der Organisationen. Alle Verhandlungen führten zu keinem Ergebnisse, worauf der Bergwerksbesitzer sämtlichen Arbeitern innerhalb der gesetzlichen Frist kündigte. Um die Versorgung der Asphaltfabriken mit dem erforderlichen Material nicht ins Stocken geraten zu lassen, zog der Arbeitgeber, nachdem die angegangenen Arbeitsnachweise nur wenige Arbeitswillige zuweisen konnten und die entlassenen Arbeiter zu den neuen Bedingungen die Arbeit nicht mehr weiterführen oder wiederaufnehmen wollten, Bergarbeiter von stillgelegten Kalibergwerken heran. Einem behördlichen Eingreifen gelang es bald darauf, eine Einigung zwischen den Parteien zustande zu bringen, die zugunsten der Arbeitnehmer ausfiel: die entlassene Arbeiterschaft wurde zu den früheren Bedingungen wiedereingestellt, eine Unterbrechung des Ar-

beitsverhältnisses nicht als vorliegend festgesetzt, den fremden Bergarbeitern gekündigt. Bisher haben sich neue Streitpunkte auf diesen Betrieben nicht mehr ergeben.

Streitigkeiten geringeren Umfanges über die Beschäftigung von Förderleuten über Tage und Kesselheizern wurden ohne besondere Schwierigkeiten beigelegt.

Im allgemeinen bestand ein Überangebot an gelernten wie ungelerten Arbeitskräften. Zwei Werke hatten allerdings unter Arbeitermangel zu leiden. In beiden Fällen konnte durch die Vermittelung angelernter Arbeitsnachweise der Bedarf an gelernten Bergleuten nicht gedeckt werden.

In der Art der Lohnzahlung hat sich nichts geändert. Fast durchweg wird die Zahlung in Lohnbüten geleistet.

B. Arbeiter und C. Angestellte.

Die Arbeitszeit ist auf fast sämtlichen Betrieben tarifvertraglich geregelt. In der ersten Hälfte des Jahres nahm das Überstundenunwesen in erheblichem Maße überhand. Es wurde hiergegen mit allen Mitteln eingeschritten. In den meisten Fällen zeitigten bereits persönlich den Betriebs- und Abteilungsleitern erteilte Verwarnungen und Belehrungen den gewünschten Erfolg; es wurden teils mehr Arbeiter eingestellt, teils die Arbeiten auf zwei Schichten verteilt. Die von den Arbeitgebern zu führenden Listen über geleistete Überstunden wurden wiederholt Prüfungen unterzogen. Für einige Werke, denen von ihren Verkaufsverbänden Terminaufträge erteilt werden, war es zunächst schwierig, sich so einzustellen, daß sie ohne Überstundenarbeit auskamen. Wenn dann noch eine unregelmäßige Eisenbahnwagengestellung dazu kam, d. h. die für den Schichtbeginn angeforderten Wagen von der Reichsbahn erst gegen Mittag gestellt wurden, so konnte zunächst die Belegschaft der Vormittagschicht nicht produktiv wirken, da z. T. weder Speichermöglichkeiten vorhanden sind noch das zu fördernde Gut bunkerfähig ist. In solchen Fällen ließen sich Überstunden nicht vermeiden, schon weil das Werk bei Nichterfüllung des Terminauftrages (Schiffsverfrachtungen) einen Verlust dieser Abgabemöglichkeiten befürchten mußte. Wie zahlreiche Nachfragen bei den Arbeitern ergeben haben, sind derartige Überstunden von ihnen stets freiwillig und auch gern versehen worden; ein Zwang ist nicht ausgeübt worden, auch fand bei Nichtfolgeleisten eine Benachteiligung nicht statt.

Gegen eine verantwortliche Aufsichtsperson wurde Strafanzeige wegen Übertretung der Arbeitszeitverordnung gestellt; das Verfahren schwebt noch.

In einem Tiefbohrbetriebe, der infolge einer fast sechsmonatigen Störung mit seinen Arbeiten sehr zurückgeblieben war, wurde auf Antrag im Einverständnis mit der Belegschaft die regelmäßige tägliche Arbeitszeit vorübergehend auf 10 Stunden festgesetzt.

Sonntags- und Nachtarbeit wurde in den Grenzen der gesetzlichen Vorschriften ausgeführt. In einem Braunkohlentagebau wurde gelegentlich auf Grund des § 105 c der Reichsgewerbeordnung auch Sonntags produktiv gearbeitet.

Feierschichten brauchten nur in geringem Umfange eingelegt zu werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen beschränkte sich wie bisher auf leichtere Tätigkeit bestehend aus Reinigungsarbeiten in den Geschäftszimmern und Arbeitsräumen, Verlesen von Salz, Bedienung von Paketiermaschinen, Nähen, Ausbessern und Zubinden von Säcken bei der Speisefalzversendung, Ausklauben von Erzen, Tätigkeit in den Werkstätten und dergleichen mehr.

Während des Berichtsjahres ist nur in einem Falle eine schwangere Frau beschäftigt worden. Diese kehrte aber bereits in einem frühen Stadium der Schwangerschaft ab. Bei ähnlichen Fällen in früheren Jahren wurde streng darauf gehalten, daß die schwangeren Arbeiterinnen spätestens 14 Tage vor ihrer Niederkunft die Arbeit niederlegten. Auch schon vorher wurde ihrem Zustand durch Zuweisung leichter Arbeit Rechnung getragen.

Weibliche Angestellte und Arbeiterinnen, für die der § 137 Abs. 6 der Reichsgewerbeordnung nicht gilt, wurden nicht beschäftigt.

Auch die jugendlichen Arbeiter waren durchweg mit leichten Arbeiten, die einen schädigenden Einfluß auf ihre körperliche Entwicklung nicht befürchten ließen, beschäftigt: Ausklauben von Schwefelkies an den Legebändern, Abnehmen, Stapeln und Verladen von Kohlenpressesteinen, Fahren von Salzflößen, Fegen von Salz, Maschinenputzen, Botendienst und Reinigungsarbeiten in Betriebsanlagen.

Arbeiter im Alter von 16—18 Jahren sind nur in unerheblichem Maße, z. T. auch nur für wenige Schichten zur Nachtarbeit herangezogen worden. Nachteilige Einflüsse auf den Gesundheitszustand oder die Leistungsfähigkeit dieser Arbeiter wurden nicht beobachtet.

Die gewerbliche Ausbildung als Lehrlinge in den Wertstätten, Schmieden und Schlossereibetrieben erfuhr besonders auf einem Braunkohlenbetriebe besondere Beachtung und Förderung. Hier erhalten diese Lehrlinge während ihrer Arbeitszeit auch zeichnerischen Unterricht in ihrem Fache durch einen Ingenieur.

Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen der Reichsgewerbeordnung oder der Arbeitszeitverordnung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer sind nicht beantragt worden.

II. Schutz der Arbeitnehmer vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Im Berichtsjahre ereigneten sich 326 Unfälle (296 im Jahre 1925), die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zur Folge hatten.

In dieser Zahl ist eine Reihe von Unfällen mit enthalten, die zum Bergbau und seinen Neben- bzw. Hilfsbetrieben nicht in unmittelbarem Zusammenhange standen, aber knappschaftlich versicherten Personen zustießen, z. B. Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte innerhalb des Betriebsgeländes. Ferner sind mehrere Unfälle, von denen betriebsfremde Personen bei Montage- oder Abbrucharbeiten betroffen wurden, mitgezählt.

Über die Zahl, Art und Verteilung der Unfälle gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß:

	Braunkohlenbergbau		Erzbergbau		Salzbergbau		Übriger Bergbau		Zusammen			
	1926 1925		1926 1925		1926 1925		1926 1925		1926 v. S.		1925 v. S.	
	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	326	100	296	100
Anzahl der Unfälle .	178	188	55	41	66	44	27	23	326	100	296	100
tödliche	3	3	2	3	1	1	—	—	6	1,84	7	2,37
mit über 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit	8	4	5	4	3	3	—	—	16	4,91	11	3,71
mit 4—13 Wochen Erwerbsunfähigkeit	53	82	15	18	23	16	6	12	97	29,75	128	43,24
mit 4 Tagen bis zu 4 Wochen Erwerbsunfähigkeit . . .	114	99	33	16	39	24	21	11	207	63,50	150	50,68
darunter bis zu 14 Tagen Erwerbsunfähigkeit . . .	46	35	15	7	19	13	9	2	89	27,3	57	19,25

Die Zunahme der Unfälle gegenüber dem Vorjahre ist fast ausschließlich auf eine Vermehrung der Unfälle mit einer Erwerbsunfähigkeit bis zu 14 Tagen zurückzuführen.

Es verunglückten 9 Angestellte und 3 weibliche Arbeitnehmer.

Die größte Zahl der Unfälle ereignete sich in der Vormittagsstunde von 11—12 Uhr, und zwar über Tage und in Tagebauen 22,6 v. S. und unter Tage 25,8 v. S. aller Unfälle der Frühschicht.

Die Unfälle verteilten sich auf die einzelnen Wochentage fast gleichmäßig, wobei jedoch auf den Sonnabend die geringste Anzahl fiel.

Aus bergpolizeilichen Gründen wurden 40 Unfälle und auf Antrag der verschiedenen Berufsgenossenschaften 38 Unfälle (darunter 12 aus früheren Jahren) untersucht.

Ein Bergarbeiter benutzte zur Abkürzung seines Weges von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte mit seinem Fahrrad verbotswidrig eine Gleisanlage, auf der ein reger Eisenbahnverkehr herrschte. Er wurde überfahren und ist den erlittenen Verletzungen bald darauf im Kranken-

hause erlegen. Da eine Verhinderung der Benutzung dieser Abraumgleise auch durch die übrigen aus derselben Ortschaft stammenden zahlreichen Belegschaftsmitglieder und sogar Werkzfremde trotz aller Warnungen, Bestrafungen und sonstiger Maßnahmen nicht durchführbar war, wurde vom Werksbesitzer mit nicht unerheblichen Kosten ein neuer Anfahrweg angelegt, der es jedermann ermöglicht, auf kürzestem Wege ungefährdet durch alle Betriebseinrichtungen die Betriebsstätte zu erreichen.

Die Untersuchung einiger Unfälle gab Veranlassung, Verbesserungen oder Schutzvorkehrungen an Betriebseinrichtungen anzuordnen. Im übrigen wurde gelegentlich der Befahrungen, soweit der Zustand der Grubenbaue, Betriebseinrichtungen und Arbeitsräume den an sie in sicherheitspolizeilicher Hinsicht zu stellenden Anforderungen oder den Vorschriften nicht entsprach, die Abstellung der vorgefundenen, meist kleineren Mängel angeordnet und überwacht.

Die von der Reichsarbeitsverwaltung und der Unfallbild G. m. b. H. herausgegebenen Unfallverhütungsbilder haben sich in immer steigendem Maße eingebürgert und bewährt. Auf ihre weitgehende und zweckentsprechende Verwendung wurden die Werke in gewissen Abständen immer wieder erneut hingewiesen. Auch zum Bezuge der von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegebenen Zeitschrift „Arbeiterschutz“ sind die Betriebsleitungen wiederholt mit Erfolg angeregt worden.

Als besonderes Vorkommnis ist eine Kohlenstauberplosion auf einer Braunkohlenbrikettfabrik zu erwähnen, die sich kurz nach der sonntäglichen Stillsetzung früh 5 Uhr ereignete. Personen sind dabei — nicht zum geringen Teile insofern des umsichtigen Verhaltens der Aufsichtsperson — nicht zu Schaden gekommen. In einem Schlotabzuge eines Tellertrockenofens war versuchsweise eine elektrostatische Entstaubung eingebaut, um den abziehenden Bräsen von Kohlenstaubteilchen zur Verhütung von gemeinschädlichen Einwirkungen zu befreien. Das Elektrofilter wird mit Gleichstrom von 45 000 Volt und 25 Milliampère gespeist. Der an den Niederschlagsselektroden abgeschiedene Kohlenstaub fällt in zwei Abzugstaschen und von da durch eine Schleuse und ein Fallrohr in einen Wasserkanal. Eine Stunde nach Abschaltung des elektrischen Stromes wurde bemerkt, daß Braunkohle, die sich auf einem Boden um eines der Fallrohre angehäuft hatte, in Brand geraten war. Als die Aufsichtsperson auf der Suche nach dem Brandherde eine Klappe des Filterraumes öffnete, entstand eine Explosion, die sich auch auf die Nachbaröfen fortpflanzte und sämtliche Fenster des Fabrikgebäudes nach außen drückte. Der Brand konnte in kurzer Zeit gelöscht werden. Die Untersuchung ergab, daß nicht die Elektrofilteranlage an sich Veranlassung zur Explosion — etwa durch Funkenübersprung — gegeben hatte, sondern daß in einer der beiden Abzugstaschen eine Verstopfung eingetreten war, die schon mehrere Tage lang sich der Beobachtung entzogen hatte. Hier war Selbstentzündung des Kohlenstaubes eingetreten. Nach Öffnen der Klappe wurde dem Luftsauerstoff der Zutritt gewährt und die Explosion durch eine Schwelgasentzündung eingeleitet. Die nötigen Maß-

regeln, die eine Ansammlung des Kohlenstaubes in den Abzugstaschen verhindern oder erkennen lassen, sind getroffen. Es besteht die Absicht, auch in die übrigen Trockenöfen elektrostatische Entstaubungen einzubauen. Wenn man berücksichtigt, daß ein Filter in der Stunde etwa 30 kg Kohlenstaub niederschlägt, was bei 18 vorhandenen Öfen der in Rede stehenden Briquetfabrik täglich rund 13 000 kg ausmacht, so kann man erkennen, von welchem Vorteile derartige elektrostatische Entstaubungen für die Allgemeinheit sind.

B. Gesundheitschädliche Einflüsse.

Von Epidemien und Seuchen blieben die Belegschaften verschont. Der Gesundheitszustand der Arbeitnehmer war allgemein normal, z. T. gut. Auf 100 angelegte Arbeiter entfielen bei den einzelnen Werken im Jahresdurchschnitt 2,5—5,1 Kranke.

Am Ende des Jahres verschlechterte sich infolge Auftretens zahlreicher Grippeerkrankungen teilweise der Gesundheitszustand, so daß auf einem Werk der Hundertsatz der Kranken bis auf 13 stieg.

Auf einer Eisenerzgrube wurde die Bewetterung der Grubenräume durch Einbau eines neuen Ventilatorantriebes und Neueinteilung der Wetterwege erheblich verbessert.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auch den Einrichtungen von Mannschaftsaufenthalts- und Waschräumen geschenkt. In einem Grubenbetriebe, in welchem die durchschnittliche Jahrestemperatur nur 5—6 ° C beträgt, sind für die Belegschaftsmitglieder unterirdische, gut eingerichtete und elektrisch heizbare Frühstücksräume eingebaut worden.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Über die Lohnhöhe geben nachstehende Tafeln Aufschluß.

Der Gesamtverdienst (Leistungslohn + Soziallohn + Zuschläge für Überarbeit) eines erwachsenen männlichen Arbeiters betrug im Durchschnitt:

	1925	I. Bierteljahr 1926	II. Bierteljahr 1926	III. Bierteljahr 1926	IV. Bierteljahr 1926	Durch- schnitt 1926
	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>
Braunkohlen- bergbau . .	5,56	6,56	6,37	6,62	6,78	6,58
Salzbergbau	5,38	5,69	5,73	5,74	5,88	5,76
Erzbergbau .	5,78	6,19	5,44	5,50	5,65	5,69
Sonstiger Bergbau .	6,02	5,97	5,95	5,95	5,89	5,93

	Durchschnittlicher Schichtverdienst			
	der weiblichen Arbeiter		der jugendlichen Arbeiter	
	1925	1926	1925	1926
	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>
Braunkohlenbergbau	2,75	3,00	1,60—1,91	2,35—2,46
Salzbergbau	2,63	2,85	1,06—1,62	1,18—1,52
Erzbergbau	2,96	3,45	1,62—2,22	1,84—3,30

Die reinen Gedingelöhne (Leistungslöhne der im Gedinge beschäftigten Arbeiter) schwankten zwischen 5,13 *R.M.* und 8,46 *R.M.* (1925 : 5,20 und 7,71 *R.M.*).

Als Entschädigung für jede Urlaubsschicht wurde im Braunkohlenbergbau 5,73 *R.M.*, im Salz- und Erzbergbau 5,59 bzw. 5,12 *R.M.* und in den übrigen Bergbauzweigen 5,04 *R.M.* durchschnittlich gezahlt.

Die Versorgung der Belegschaften mit Lebensmitteln hat fast gänzlich aufgehört. Einige Werkseleitungen beschafften in der Hauptsache nur noch Kartoffeln und Kohlen und gaben diese zum Selbstkostenpreise an ihre Arbeitnehmer ab.

Kaffeeküchen, die in einzelnen Betrieben unterhalten werden, erfreuten sich eines sehr regen Zuspruches seitens der Belegschaftsmitglieder.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist keine nennenswerte Veränderung gegen das Vorjahr eingetreten. In einigen Fällen gelang es den Werken, ihre von betriebsfremden Personen belegten Wohnungen für ihre Vergleute freizubekommen. Teilweise konnten auch in näher bei den Betrieben gelegenen Werkswohnungen Vergleute dadurch untergebracht werden, daß die bislang in ihnen wohnenden Pensionäre und Invaliden in weiter abliegende Wohnungen oder Invalidenheime verlegt wurden. In geringem Maße sind auch vorhandene Wohnungen durch Ausbau vergrößert und nicht mehr benötigte Betriebsgebäude zu Wohnungen umgebaut worden.

In zwei Fällen wurde sehr über den steten und verhältnismäßig starken Wechsel im Ab- und Zugange der Belegschaftsmitglieder geklagt. Diesem Mißstande wird nur dadurch begegnet werden können, daß durch Schaffung weiterer Arbeiterwohnhäuser eine Bodenständigkeit der Belegschaften begründet wird.

Bezüglich der Verbesserung im Sanitätswesen ist die Beschaffung eines neuzeitlich ausgestatteten Krankentransportautos auf einem Braunkohlenbergwerke zu verzeichnen.

Jugendlichen Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren ist bezahlter Urlaub nicht gewährt worden. Erst vom 17. Lebensjahre ab erhalten die Arbeitnehmer tarifmäßigen Urlaub.

Bei zwei Werken, die auch Betriebe in Preußen haben, wurden im Berichtsjahre etwa 300 Arbeitnehmer für 25jährige oder längere Dienstzeit mit Auszeichnungen belohnt. Diese bestanden bei einer Gesellschaft größtenteils aus einer silbernen bzw. bronzenen Denkmünze der Handelskammer nebst Diplom und in einigen Fällen in Geldgeschenken von 75 bis 125 *RM* sowie anerkennenden Schreiben der Direktion. Das andere Werk zeichnete die Jubilare bei einer Dienstzeit von 25 Jahren mit einer silbernen Uhr, bei einer solchen von 30, 40 und 50 Jahren mit einem Geldgeschenk von 100, 200 bzw. 500 *RM* aus.

Braunschweig, den 4. März 1927.

Göehlich,
Vergrat.

Tafel I.

Besichtigungen gewerblicher Anlagen und Unfalluntersuchungen.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Gesamt- zahl der Besich- tigun- gen	Darunter Be- sichtigungen		Zahl der			Unfall- unter- suchun- gen
			in der Nacht	an Sonn- und Fest- tagen	einmal	zwei- mal	drei- oder mehr- mals	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	285	13	10	3	9	30	78
	Zusammen	285	13	10	3	9	30	78

Zahl der Arbeitnehmer in den großen Betrieben (mit 50

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in den im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben
1	2	3 a	3 b	4	5	6	7	8	9	10 a	10 b
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei										
	1. Gewinnung von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks
	2. Gewinnung von Braunkohlen und Braunkohlenbriketts . .	9	.	2207	4	.	6	.	.	2217	.
	3. Gewinnung von Erzen . . .	3	.	433	1	.	1	.	.	435	.
	4. Salzbergbau	3	.	454	4	.	28	.	.	486	.
	5. Salinenwesen	1	.	115	1	.	25	.	.	141	.
	6. Gewinnung von Erdöl
	7. Gewinnung und Verarbeitung Bernstein
	8. Torfgräberei und Torfaufbe- reitung
	9. Gewinnung v. Graphit, Asphalt und bituminösen Gesteinen .	1	.	63	1	64	.
	Zusammen:	17	.	3272	11	.	60	.	.	3343	.

Tafel II A.

und mehr Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-las-sen unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-las-sen unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt	
männlich	männlich	männlich	weiblich	weiblich	weiblich	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
11	12	13	14	15	16	17 a	17 b	18 a	18 b	19	20	21	22	23	24	25	26
.
172	.	.	7	.	.	179	.	2396	.	109	9	2211	6	172	7	2396	.
31	31	.	466	.	32	3	434	1	31	.	466	.
46	46	.	532	.	27	3	458	28	46	.	532	.
16	.	.	1	.	.	17	.	158	.	6	1	116	25	16	1	158	.
.
.
.
5	5	.	69	.	9	1	64	.	5	.	69	.
270	.	.	8	.	.	278	.	3621	.	183	17	3283	60	270	8	3621	.

Zahl der Arbeitnehmer in den mittleren Betrieben (mit 5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		überhaupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulfähige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulfähige unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsj. neu hinzugeg. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks
	2. Gewinnung von Braunkohlen und Braunkohlenbriketts . .	3	.	74	74	.
	3. Gewinnung von Erzen	6	1	96	96	11
	4. Salzbergbau	3	.	110	.	.	1	.	.	111	.
	5. Salinenwesen	1	.	6	6	.
	6. Gewinnung von Erdöl	1	1	11	11	11
	7. Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein
	8. Torfgräberei und Torfaufbereitung
	9. Gewinnung v. Graphit, Asphalt und bituminösen Gesteinen .	3	.	65	65	.
	Zusammen	17	2	362	.	.	1	.	.	363	22

Tafel II B.

bis 49 Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in dem in Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben*	Böhl der Beschäftigten	Böhl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-lasse-ne unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schul-ent-lasse-ne unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Betrieben					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer ins-gesamt	
männlich	weiblich		männlich	weiblich								männlich	weiblich	männlich	weiblich		
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
.
5	5	.	79	.	17	3	74	.	5	.	79	.
8	8	1	104	12	14	6	96	.	8	.	104	.
9	.	.	1	.	.	10	.	121	.	26	3	110	1	9	1	121	.
.	6	.	2	1	6	.	.	.	6	.
.	11	11	8	1	11	.	.	.	11	.
.
2	2	.	67	.	15	3	65	.	2	.	67	.
24	.	.	1	.	.	25	1	388	23	82	17	362	1	24	1	388	.

**Zahl der Arbeitnehmer in den mit 1 bis 4 Arbeitnehmern betriebenen
besondere Schutzvorschriften erlassen**

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Vorhandene		
		Anlagen	Arbeiter	Aufgestellte
1	2	3	4	5
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei	8	.	1
	Zusammen:	8	.	1

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Arbeiter				
		Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Melbung usw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von			
			Erwachsenen männ- lich	weib- lich	Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	Kindern
1	2	3	4	5	6	7
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei	1	16	.	.	.
	Zusammen:	1	16	.	.	.

Tafel III.

kleinen Anlagen, in denen motorische Kraft benutzt wird oder für welche sind. Beschäftigungen dieser Betriebe.

Anlagen	Beschäftigte		Beschäftigungen	
	Arbeiter	Angestellte		
6	7	8	9	10
8	.	1	20	Diese zum Teil vorübergehend stillliegenden Betriebe mußten bergpolizeilich revidiert werden.
8	.	1	20	

Tafel IV.

über die Beschäftigung von Arbeitnehmern.

Angestellte					Anzahl der Anlagen, in welchen Zuwiderhandlungen ermittelt worden sind	Anzahl der Personen, die wegen der im Berichtsjahre begangenen Zuwiderhandlungen bestraft worden sind	Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen aus Vorjahren	Schwebende Strafverfahren
Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Melbung usw.	Vergehen, betr. die Beschäftigung von							
	Erwachsenen		Jugendlichen v. 14-16 Jahren	Kindern				
	männlich	weiblich						
8	9	10	11	12	13	14	15	16
.	13	.	.	.	11	.	.	1
.	13	.	.	.	11	.	.	1

